

ROBIN WOOD

magazin

Energie für die Zukunft



Der geraubte Wald: Freikarten zu gewinnen!

Für eine klimagerechte Mobilitätswende

Sami: Wald zum Leben





Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Gefährlicher Etikettenschwindel: Atomkraft, Gas- und Holzverfeuerung sind nicht klimafreundlich! Ausgerechnet zu Silvester veröffentlichte die EU-Kommission ihren Vorschlag, Atom- und Gaskraftwerke als nachhaltig einzustufen – und löste in der Umweltbewegung Entsetzen aus! Viel weniger Aufmerksamkeit bekam, dass auch das Verbrennen von Biomasse jetzt als nachhaltig gilt. Eine Taxonomie, die Atom, Gas- und Holzenergie als nachhaltig einstuft, ist unglaublich und wird Klima und Umwelt mehr schaden als nutzen. Damit wird eine an sich sinnvolle Idee ad absurdum geführt und eine Chance vertan, Kapital in den Ausbau von klimafreundlichen, erneuerbaren Energien zu lenken. Lesen Sie dazu mehr ab Seite 14 dieser Ausgabe.



Laubwald bleibt Laubwald und Staffei-Lauch bleibt Staffei-Lauch ...

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Demo „Wir haben es satt!“ am 22. Januar musste auch in diesem Jahr vor allem online stattfinden. Dazu reichten mehr als 1500 Menschen in Video-Botschaften einen virtuellen Staffei-Lauch bis ins Regierungsviertel weiter und forderten einen agrarpolitischen Neustart. Auch ROBIN WOOD war dabei. Im aktuellen Kritischen Agrarbericht 2022 veröffentlichte die ROBIN WOOD-Waldreferentin Jana Balenthien einen sehr lesenswerten Artikel: „Holz – die neue Kohle? Warum Europa immer mehr Wälder aus aller Welt verfeuert“. Mehr zu den skandalösen Versuchen der EU das **Verbrennen von Holz in alten Kohlekraftwerken** als Klimaschutz zu deklarieren, lesen Sie ab Seite 10 dieser Ausgabe. 2021 protestierten Aktive von ROBIN WOOD kreativ vor Kohlekraftwerken gegen die Umrüstung auf das Verbrennen von Holzbiomasse.

Aber ausgerechnet an Silvester veröffentlichte die EU-Kommission ihren Vorschlag, Atom- und Gaskraftwerke und das großindustrielle Verbrennen von Holz als nachhaltig einzustufen. Ein Skandal! Dagegen werden wir Druck machen und unsere schlagkräftige Biomasse-Kampagne 2022 um Atomkraft und Gas erweitern! Warum das neue Regelwerk der EU-Kommission, die sogenannte **Taxonomie**, ein Etikettenschwindel ist, lesen Sie bitte ab Seite 15.

Immer mehr Menschen in Deutschland können sich eine warme Wohnung nicht mehr leisten. Die steigenden Preise für Gas und Strom verschärfen die Situation weiter. Auf Seite

20 und 21 lesen Sie, warum unsere hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern die **Energiearmut** in Deutschland weiter verschärft. Hätte die Politik im letzten Jahrzehnt die Energiewende konsequent gefördert, statt sie immer wieder auszubremsen, wäre der Strompreis aktuell nicht so stark gestiegen – und der hohe Preis von Gas hätte deutlich weniger verheerende Konsequenzen. Deshalb ist klar, dass die Energiewende deutlich beschleunigt werden muss. Und dass Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, kurzfristig finanzielle Unterstützung brauchen!

Die Wälder in Skandinavien stehen weiter unter Druck. So werden in Nordschweden immer noch alte Wälder von Konzernen wie Sveaskog eingeschlagen. Lesen Sie ab Seite 22, warum **die Sami und ihre Rentiere** von diesen Wäldern abhängen und wie ihre Rechte weiterhin missachtet werden.

In dieser Magazinausgabe geben wir Ihnen außerdem Tipps, was Sie hier in Deutschland bei einem Verdacht auf **rechtswidrige Baumfällungen** tun können. Und Sie können mehr dazu lesen, wie eine **klimagerechte Mobilitätswende** geschaffen werden kann.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und bleiben Sie aktiv! Alles Gute wünscht Ihnen für die Magazin-Redaktion mit herzlichen Grüßen
Ihre Christiane Weitzel



Foto: ROBIN WOOD/Tim Waring

Seite 7

tatorte 

- 6 Lützerath muss bleiben
- 7 Essen: RWE enteignen – im Sinne des Gemeinwohls
- 8 Berlin: FDP, Fatal für Den Planeten
- 8 Berlin: Autowahn stoppen!
- 9 Stuttgart: Ya Basta- Nein zum „Tren Maya“!

 tatorte

- Wälder in Kraftwerken verfeuern? Nicht mit uns! 10
- Auch Cuxhaven auf dem Holzweg 12

Seite 10



Foto: Matthias Schickhofer

Seite 14



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

energie 

- 14 Gefährlicher EU-Etikettenschwindel: Atomkraft, Gas- und Holzverfeuerung sind nicht klimafreundlich
- 16 EU-Taxonomie: Kein grünes Label für Gas und Atom
- 18 Klimakonferenz in Glasgow: Never trust a COP26!
- 20 Energiearmut



Foto: Rasmus Törnqvist

Seite 22

wald 

22 Mounio Sámi, Nordschweden: „Wir brauchen den Wald zum Leben“

tropenwald 

26 Sechs Gründe, warum Öko-Siegel keine gute Idee für die Bioökonomie sind

Seite 30

 verkehr

Mehr Fortschritt wagen: Für eine klimagerechte 30
Mobilitätswende!

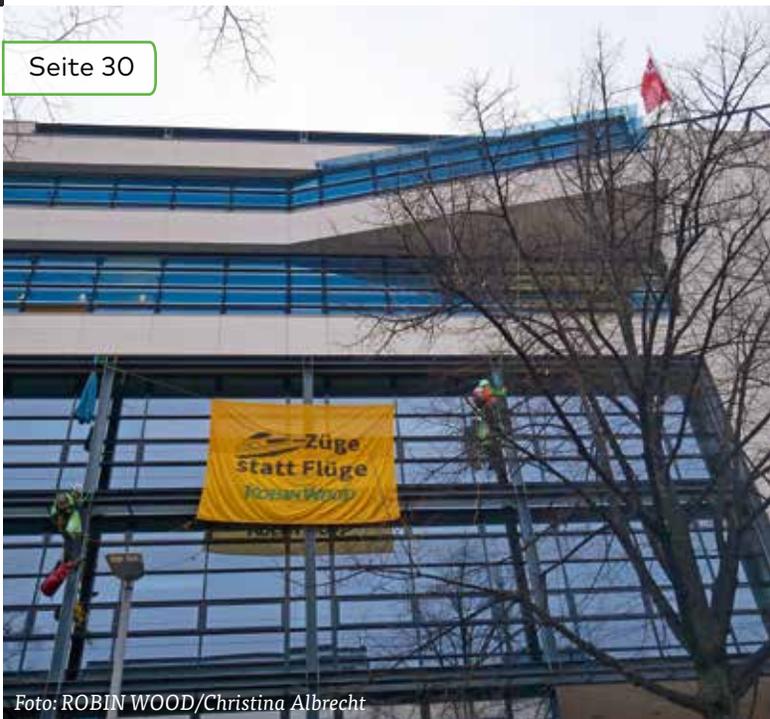


Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht



Seite 37

internes 

- 34 Freikarten für den Film: WOOD – Der geraubte Wald
- 35 Nachruf auf Jochen Stay
- 36 Spenden statt Geschenke
- 36 Impressum
- 37 Was tun bei Verdacht auf rechtswidrige Baumfällungen

Beilage Falblatt: Die Rotbuche, Baum des Jahres 2022



Mit dem Hashtag #XfürLützi: Lützerath darf nicht RWE und dem Braunkohleabbau zum Opfer fallen

Lützerath muss bleiben!

Lützerath, 8. Januar 2022: RWE plant, noch in diesem Jahr das Dorf Lützerath im Rheinland für Kohle abzureißen und abzubaggern. Vor Ort gibt es dagegen breiten Widerstand. Die Ampel-Koalition will den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen und fünf Dörfer am Braunkohletagebau Garzweiler im Rheinland erhalten. Ein riesiger Erfolg für die Klimabewegung und die betroffenen Menschen vor Ort! Lützerath gehört nicht dazu und bleibt akut bedroht. Statt zu handeln, wollen die Ampelparteien das Schicksal des Dorfes den Gerichten überlassen. Eckardt Heukamp, der letzte Landwirt in Lützerath, wehrt sich vor Gericht gegen seine vorzeitige Enteignung durch RWE. Seine Klage liegt aktuell noch beim

Oberverwaltungsgericht in Münster. Eigentlich war eine Entscheidung bis zum 07.01.2022 erwartet worden. Doch aufgrund eines schweren Krankheitsfalles innerhalb des Senats wurde die Entscheidung vertagt und wird wahrscheinlich erst in den nächsten Wochen fallen. Die Initiativen, die sich für Lützerath engagieren, haben bereits weitere Aktionen für den Samstag nach der Urteilsverkündung angekündigt. Denn die Kohle unter Lützerath muss im Boden bleiben, wenn wir die 1,5-Grad-Grenze einhalten wollen!

Am 8. Januar 2022 fanden ein Dorfspaziergang vor Ort und ein dezentraler Aktionstag statt, um gemeinsam Lützerath zu verteidigen. Er wurde von @fridaysforfuture.de, @alledörferbleiben und @lützilebt veranstaltet und von ROBIN WOOD unterstützt.

Mehr Infos unter: www.alle-doefer-bleiben.de



Fotos: ROBIN WOOD/Moritz Heck



RWE enteignen – im Sinne des Gemeinwohls

Essen, 4. November 2021: Mit einem spektakulären Kletterprotest demonstrierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen am Hauptsitz von RWE in Essen gegen das Vorhaben des Konzerns, Menschen für die extrem klimaschädliche Braunkohle-Förderung zu enteignen. Die Umweltschützer*innen seilten sich am Morgen mit einem großformatigen Banner mit der Aufschrift „RWE enteignen – im Sinne des Gemeinwohls“ vom Dach der RWE-Zentrale ab.

Angesichts der dramatischen Klimakrise hatte der Weltklimagipfel in Glasgow gerade das 1,5 Grad-Ziel bekräftigt. Und selbst NRWs frisch gewählter Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hatte sich für einen Kohleausstieg bis 2030 bereit erklärt. RWE dagegen verfolgt weiterhin im rheinischen Braunkohlerevier die Energiepolitik der letzten Jahrhunderte. Deshalb forderten die Aktiven von ROBIN WOOD, dass die Kohle im Boden bleiben müsse. RWE gehöre enteignet, nicht die Menschen in Lützerath.

Ob in Lützerath oder im Hambacher Forst – RWE hat vielfach unter Beweis gestellt, dass der Konzern seine Profitinteressen ohne Rücksicht auf Menschen, Umwelt und Klima verfolgt und den Umbau des Energiesystems aktiv blockiert. Es ist daher höchste Zeit, unsere Energieversorgung demokratisch zu gestalten. Dabei darf auch die Enteignung großer Energiekonzerne wie RWE kein Tabu sein. Der Ansatz der



Foto: ROBIN WOOD/Tim Waring

Vergesellschaftung erfährt aktuell wachsenden Zuspruch. Kurz nachdem eine Mehrheit der Berliner Wähler*innen für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ stimmten, gingen Klimagruppen aus Nordrhein-Westfalen Anfang Oktober 2021 mit einer Kampagne für die Enteignung von Energiekonzernen an die Öffentlichkeit. Mit der Aktion in Essen erklärten sich die ROBIN WOOD-Aktivist*innen solidarisch mit den Zielen von „RWE & Co enteignen“.

Ute Bertrand, Hamburg

Protest vor der RWE-Zentrale in Essen: Nicht die Menschen in Lützerath gehören enteignet, sondern der Konzern RWE





Foto: Leonhard Lenz

FDP: Fatal für Den Planeten

Berlin, 3./4. Dezember 2021: Genau die Lichtverhältnisse eines späten Winternachmittags brauchten wir für unsere Protestaktion am Bundesverkehrsministerium. Dort prangte über die gesamte Fassade die Projektion: „FDP: **F**atal für **D**en **P**laneten“ und „Züge statt Flüge!“ Denn es ist klar: Mit der FDP wird keine klimafreundliche Mobilitätswende möglich sein. Im Koalitionsvertrag steht nichts zu einer Reduktion der Emissionen im Flugverkehr. ROBIN WOOD fordert eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene.

Mit aufgewärmten Händen und Füßen startete am nächsten Morgen deshalb gleich die nächste Aktion anlässlich des SPD Parteitags zum Beschluss des Koalitionsvertrags. ROBIN WOOD, Attac Deutschland, Junges Attac und die BUND-Jugend zeigten gemeinsam vor der Parteizentrale der SPD am Willy-Brandt-Haus ihre Unzufriedenheit. Unsere klare Forderung „Züge statt Flüge“ wird aktuell von 70.000 Unterzeichner*innen einer Petition unterstützt. Doch in der Politik ist diese Forderung nach einem sozial-ökologische Ausbau des Bahnverkehrs noch nicht angekommen.

ROBIN WOOD kämpft weiter für vernünftige Investitionen in das Schienennetz, für neue Nachtzugverbindungen, für verbesserte Taktungen, für Barrierefreiheit. Denn nur so kann eine klimafreundliche Mobilitätswende umgesetzt werden. Mehr dazu unter www.zuege-statt-fluege.org

Femur, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Hamburg



Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Autowahn stoppen!

Berlin, 21. November 2021: Über eine schwingende Aluleiter kletterten wir an diesem Novembertag auf den Balkon der Berliner SPD. Unsere gute Vorbereitung hatte sich gelohnt. Drei Kletter*innen von ROBIN WOOD konnten in Windeseile die SPD-Zentrale erklimmen und dort ihr Banner aufspannen. „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“, stand dort und „A100 STOP!“ Denn in der heißen Phase der Koalitionsverhandlungen von Rot-Rot-Grün in Berlin wollten wir die im Wahlkampf gegebenen Versprechen anmahnen.

Hatte uns die Berliner Koalition vor der Wahl doch versprochen, alle Projekte auf den klimapolitischen Prüfstand zu stellen. Trotzdem sollen immer noch völlig unsinnige Verkehrsprojekte umgesetzt werden, die in den 70er Jahren entwickelt wurden. Zu diesen Dinosaurier-Projekten gehören der Ringschluss der A100 und der Bau einer Osttangente zwischen den Autobahnkreuzen Schwanebeck und Schönefeld. Diese sogenannte Tangentiale Verbindung Ost (TVO), soll quer durch die Wuhlheide verlaufen und würde dort 50 Hektar Wald und Natur fressen.



Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Statt, wie von uns gefordert, zuerst eine neue S-Bahn-Linie im Osten zu bauen und die Radwegeninfrastruktur von Außenbezirken in Richtung Zentrum zu verstärken, soll zuerst das TVO-Straßenmonster gebaut werden. Ein nachträglich geplanter Radweg neben der TVO macht da wenig Sinn, denn er würde auf einer Strecke verlaufen, die für Radelnde uninteressant ist. Wird die TVO als vierspurige Straße gebaut, wird der Schwerlastverkehr diese als Abkürzung zum Berliner Ring nutzen, um die Stadt zwischen Schönefeld, das im Süden Berlins liegt, und dem Berliner Norden zu queren. Damit wird die Verkehrsbelastung für alle Wohnviertel im Berliner Osten steigen. Und für eine umweltfreundliche S-Bahn Osttangente gibt es noch nicht einmal konkrete Pläne.

Auch dem Weiterbau der A100 durch Treptow und Friedrichshain muss der Berliner Senat eine klare Absage erteilen. Der jetzige 16. Bauabschnitt soll der teuerste Autobahnbau der Republik werden und steigt laut aktuellen Prognosen von 500 Millionen auf mindestens 700 Millionen Euro! Für nur 3,2 Kilometer sinnlosen Autowahn. Dieser Bauabschnitt wird mehr Staus und Verkehr für die dicht besiedelten Bezirke Kreuzberg und Treptow bringen. Der 17. Abschnitt würde auch noch Friedrichshain mit einem Autobahnkreuz belasten. Gegen solche Fehlplanung muss der Berliner Senat sich dem Bund, von dem das Geld kommt, entschieden entgegenstellen.

Sylvester Kaben, ROBIN WOOD-Regionalgruppe Berlin

Ya Basta – Nein zum „Tren Maya“!

Stuttgart, 30. Oktober 2021: Unter dem Motto „Ya Basta, DB, es reicht!“ beteiligte sich ROBIN WOOD mit einer Protestaktion in Stuttgart am globalen Aktionstag gegen den so genannten „Tren Maya“. Vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof entrollten sie im Rahmen einer Kundgebung ein Transparent mit der Aufschrift „Ya Basta, DB, Es Reicht! No Al Tren Maya“. Der „Maya-Zug“ ist ein Megainfrastrukturprojekt im Süden Mexikos, an dem sich zahlreiche deutsche Unternehmen, allen voran die Deutsche Bahn, aber auch Siemens, der TÜV oder Heckler & Koch beteiligen.

Bundes- und weltweit protestierten gleichzeitig zahlreiche Aktivist*innen mit einem Aktionstag gegen das zerstörerische Megainfrastrukturprojekt und die koloniale Schiene der Deutschen Bahn. Der zynisch bezeichnete „Tren Maya“ soll auf über 1.500 Kilometern fünf mexikanische Bundesstaaten verbinden. Die mexikanische Regierung wirbt mit einem Anstieg des Tourismus und vielen Arbeitsplätzen für die neue Strecke. Tatsächlich aber bedeutet das Megaprojekt die Zerstörung artenreicher Urwälder, darunter 23 Naturschutzgebiete, Landnahme, Vertreibung und die Missachtung der Rechte der indigenen Bevölkerung, sowie die zusätzliche Militarisierung einer der konfliktreichsten Regionen Mexikos. Mit der Realisierung des privaten Großprojekts werden vor allem die Maya und andere indigene Bevölkerungsgruppen aus ihren Gebieten im südöstlichen Mexiko verdrängt. Ihr Land, bisher gemeinschaftliches dörfliches Eigentum, soll enteignet werden.



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh

Aktiv werden? – ROBIN WOOD im Überblick

Darum geht's: Mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen mischt sich ROBIN WOOD öffentlichkeitswirksam in politische Debatten ein und streitet für eine umweltverträgliche und sozial gerechte Gesellschaft. Die Kampagnen-Schwerpunkte von ROBIN WOOD liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität. Bundesweit organisieren sich ROBIN WOOD-Aktive in zahlreichen Regionalgruppen, siehe auch robinwood.de/Regionalgruppen. Dort, wo es keine Gruppen gibt, sind Neugründungen möglich. Die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg unterstützt die lokalen Gruppen bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit

und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Die themenspezifische Arbeit erfolgt überregional in Fachgruppen, unterstützt durch hauptamtliche Kräfte. Ziele, Inhalte und Forderungen der Aktivitäten im Fachgebiet werden dort diskutiert und im Konsens beschlossen.

Weitere Informationen über ROBIN WOOD finden Sie online unter www.robinwood.de. Kontakt: ROBIN WOOD-Bundesgeschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, 040 3808920, info@robinwood.de



Foto: Matthias Schickhofer

November 2021: ROBIN WOOD protestierte mit seinen europäischen Partner*innen in Brüssel gegen das Verbrennen von Holzbiomasse in Großkraftwerken

Wälder in Kraftwerken verfeuern? Nicht mit uns!

Seit fast anderthalb Jahren engagiert sich ROBIN WOOD gegen das Verbrennen von Holzbiomasse in Großkraftwerken. Diese unsägliche klima-, arten- und gesundheits-schädliche Praxis der Energiegewinnung ist in vielen Ländern der EU bereits üblich. Der derzeitige EU-Ansatz, Biomasse als „klimaneutral“ einzustufen, basiert auf der irrigen Annahme, dass nachwachsende Wälder alle zuvor durch die Abholzung und Verbrennung verursachten Emissionen unmittelbar wieder aufnehmen könnten. ROBIN WOOD will in Deutschland das Verbrennen von Holz in Kraftwerken verhindern. Im ROBIN WOOD-Magazin erfahren Sie regelmäßig von unseren Protesten, Herausforderungen und Erfolgen. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen wieder berichten, was in der Zwischenzeit passiert ist.

Derzeit laufen in Brüssel Verhandlungen zum EU-Klimapaket „Fit for 55“ sowie zur Novellierung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED) und dem Europäischen Handelssystem ETS. Wie diese Instrumente gestaltet werden, wird entscheidend beeinflussen, ob künftig noch mehr Holz zur Energieproduktion verfeuert wird.

EU Politik, ick hör dir trapsen – und bin mit dabei!

Eine besonders ereignisreiche Woche erlebte unserer Kampagne gegen die großindustrielle Holzverbrennung Ende November 2021 in Brüssel. Ein kleines Team von ROBIN WOOD traf sich mit Delegierten von 20 internationalen NGOs aus Polen, Schweden, Italien, Portugal, Frankreich, Belgien, Deutschland, Estland, Österreich und Rumänien. Alle Aktivist*innen brachten ihre eigene Protestgeschichte gegen das Verbrennen von Holz in Großkraftwerken mit.

Das Highlight der Woche fand am 15. November statt. Mitten auf dem Place du Luxembourg vor dem Europäischen Parlament drapierten alle Aktiven einen riesigen Stapel Holzstämmen, aus dem künstlich erzeugter Qualm quoll. 30 Leute wärmten sich an diesem „Feuer“ und hielten große Banner und kleine Sprechblasen wie: „Stop Burning Trees!“ und „Liars, Liars, Trees on Fire!“ Zahlreiche Kameras und Mikrofone dokumentierten unseren Protest. Auch an den zwei Folgetagen, dem 16. und 17. November, waren wir vor dem Europäischen Parlament vertreten. Unsere Freund*innen

Vor dem Europäischen Parlament qualmte ein großer Stapel Holzstämmen. Die Aktiven von 20 internationalen NGO forderten gemeinsam „Stop burning Trees!“



Foto: ROBIN WOOD

vom Komitee für schöne Luft aus den Niederlanden zeigten auf einem riesigen Bildschirm Bilder der Waldzerstörung und kleine Informationsvideos. Hier kamen wir mit einigen Mitgliedern des Europäischen Parlaments über die schädliche großindustrielle Verbrennung von Holz ins Gespräch.

Die Aktiven fanden klare Worte an Frans Timmermans, den Vizepräsidenten der EU Kommission: Stoppen Sie das Verbrennen von Holz für unsere Energie! Direkt neben dem Truck waren wir mit einer Poster-Ausstellung zu den wundervollen Ökosystemleistungen von Wäldern vertreten. Mit dem Haupteingang des Europäischen Parlaments im Hintergrund war dies wirklich ein historischer Ort und Moment für eine ROBIN WOOD-Ausstellung.

Netzwerke knüpfen – denn nur gemeinsam sind wir stark!

Gemeinsam mit unserem großen und starken Netzwerk aus Bündnispartner*innen, mit denen wir gemeinsam die qualmende Aktion am Montag organisiert hatten, erlebten wir einige faszinierende und ereignisreiche Tage unter Freund*innen und lernten viel von den Protestkampagnen in anderen Mitgliedstaaten. Wir kamen mit dem guten Gefühl nach Hause, dass wir tatsächlich etwas bewirken können. Neben unseren Bündnispartner*innen trafen wir während der Woche in Brüssel mehrere EU-Parlamentarier*innen in längeren Meetings, um sie über die katastrophalen Auswirkungen der großindustriellen Holzverbrennung zu informieren und ihre Einschätzungen dazu zu erfahren. Unsere Begegnungen und Gespräche machten Hoffnung, dass die letzten Worte in der EU-Klimapolitik und bezüglich der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU noch nicht gesprochen sind.

Regierungswechsel in Deutschland – großindustrielle Holzverbrennung adé?

Robert Habeck als neuer Bundesminister für Energie und Klima bezeichnete schon im letzten Jahr im Kreise von Fachpolitiker*innen seiner Partei die Verfeuerung von Holz in Kohlekraftwerken ganz richtig als klima- und ressourcenpolitischen Irrsinn. Und der neue Bundesagrarminister Cem

Özdemir sprach sich am 17. Dezember 2021 während seines ersten Besuchs in Brüssel klar für den Erhalt der bestehenden Wälder aus und betonte ihre Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel. Die neue Umweltministerin Steffi Lemke machte sich für die Wasserspeicherfähigkeit, die lokale Temperaturregulierung und andere Ökosystemfunktionen struktur- und artenreicher Wälder stark. Zumindest dürfen wir also darauf hoffen, dass im Kreise dieser Bundesminister*innen über Kritik an der schädlichen Holzbiomasseverbrennung hinaus eine Waldpolitik entwickelt wird, die um einiges mehr unseren umweltpolitischen Forderungen entspricht als die der Vorgängerregierung.

Auch deshalb war es uns ein Anliegen, noch vor dem Jahreswechsel etwas Wissen über die Waldzerstörung in die neue Regierung zu tragen. Am 23. Dezember 2021 schickten wir Bundesminister Robert Habeck gemeinsam mit 26 weiteren Umweltorganisationen aus der ganzen Welt mit einem offenen Brief. Wir forderten ihn auf, angesichts der Klimakrise seine Verantwortung für den globalen Waldnaturschutz tatsächlich wahrzunehmen. Insbesondere muss Habeck sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, alle Anreize zu streichen, Holzbiomasse zur Energieerzeugung einzusetzen. Auch im Jahr 2022 bleiben wir dran und tun alles dafür, dass Holz auf EU-Ebene nicht mehr länger als erneuerbar gewertet wird und in Deutschland erst gar keinen Platz im Energiemix erhält!

Jana Ballenthien, ROBIN WOOD-Waldreferentin, Hamburg, wald@robinwood.de

Wer mehr über das Desaster der Holzbiomasseverbrennung lesen möchte: Jana Ballenthien veröffentlichte zusammen mit Kenneth Richter vom NABU im gerade erschienen Kritischen Agrarbericht 2022 den Artikel „Holz – die neue Kohle? Warum Europa immer mehr Wälder aus aller Welt verfeuert“ (Kapitel 7). Auch der Rest des Berichtes betrifft viele unserer Themen und ist wärmstens zu empfehlen!

<https://www.kritischer-agrarbericht.de/2022.411.0.html>



Foto: ROBIN WOOD

Gespräche mit Parlamentarier*innen über die großindustrielle Holzverbrennung machten Hoffnung, dass wir in der EU-Politik etwas zum Schutz der Wälder bewegen können

Mach mit!

Ein Ziel von ROBIN WOOD ist es, alle Menschen dazu zu befähigen, selbst aktiv zu werden. Ein Schritt in diese Richtung ist unsere neue gemeinsam mit unseren Partner*innen von Biofuelwatch aus Großbritannien entwickelte Ausstellung zur Holzverbrennung in Großkraftwerke und deren Auswirkungen. Ihr könnt sie euch online anschauen, herunterladen und in euren eigenen Netzwerken ausstellen und verbreiten. Lasst euch hier dazu inspirieren:

<https://www.robinwood.de/blog/poster-ausstellung-klimakiller-pellet>



Foto: Karl Adami

Hier wird in Estland Wald kahlgeschlagen, um aus seinem Holz Pellets für z. B. das geplante Holzheizwerk in Cuxhaven zu liefern

Auch Cuxhaven auf dem Holzweg

Die Stadt Cuxhaven liegt im Norden Niedersachsens, an der Mündung der Elbe in die Nordsee. Da es hier das ganze Jahr über mehr oder weniger windig ist, ist die Stadt ein idealer Standort für den Ausbau von Windenergie – doch der stockt in vielen Regionen und so auch in Cuxhaven. Die Fernwärme aus der vorhandenen Industrie, Kläranlagen und Geothermie könnten für Cuxhaven großes Potenzial bergen. Stattdessen wurde dort ein neues Holzheizkraftwerk genehmigt, das bald ans Netz gehen soll.

Die Holzheizwerke Cuxhaven GmbH baut bereits seit Anfang 2020 ein neues Holzkraftwerk auf dem Cuxhavener Hafengelände. Das Kraftwerk wird über eine Leistung von maximal 50 Megawatt verfügen und liegt damit exakt an der Grenze der Leistung, die eine Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidung über den Bau und eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würde. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ... Berechnungen der Regionalgruppe des BUND deuten schon vor der Inbetriebnahme darauf hin, dass die wahren Megawattzahlen regulär weit darüber liegen könnten.

Neues Holz-Heizkraftwerk könnte bald ans Netz gehen

Das Cuxhavener Kraftwerk wird für 20 Jahre im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EEG) gefördert. Es soll hauptsächlich Strom produzieren, aber auch einen kleinen

Anteil an Wärme. Jährlich sollen etwa 100.000 Tonnen Holz für die Energieerzeugung verbrannt werden, wovon der Großteil voraussichtlich importiert wird. Und obwohl die Verbrennung von Holzbiomasse zur Energiegewinnung CO₂ in die Atmosphäre freisetzt, wird sie in der Europäischen Union weiterhin als klimafreundliche, CO₂-neutrale Energiequelle betrachtet und sogar subventioniert. Neben der Holzbiomasse soll im Kraftwerk auch Erdgas verfeuert werden, das genauso klimaschädlich ist wie Kohle und Holz – ein Plan, der für Klima, Arten und Gesundheit extrem schädlich ist.

Cuxhaven ist leider nicht die einzige Stadt, die im Rahmen des Kohleausstiegs und vor dem Hintergrund der Klimaziele ihren Energiemix nun auf Holzbiomasse umstellen möchte. In mehreren Regionen Deutschlands werden Kohlekraftwerke auf die Verbrennung von Holzbiomasse umgerüstet. In einigen anderen EU-Staaten ist die Nutzung der Holzbiomasse im großindustriellen Stil schon Usus.

Das Ziel der Nationalstaaten ist es, ihre Klimaziele zu erreichen – auf dem Papier ist dies durch das Verfeuern unserer Wälder möglich, denn die Emissionen aus der Holzverbrennung werden in der Klimabilanz nicht erfasst. Genau deshalb wird diese Energieform von den Staaten subventioniert, und der Bau weiterer Holzbiomassekraftwerke ist für die Betreiber äußerst attraktiv. Die Betreiber einiger Kohlekraft-

werke in Deutschland planen einfach ohne Neubau auf die Verbrennung von Holzbiomasse umzustellen. Sie benötigen dafür keine neuen Kessel, weil sich beide Verbrennungstechnologien recht ähnlich sind. Doch dadurch steigt die Nachfrage nach Holz. Allein zwischen 2000 und 2018 stieg die Menge an Energieholz, das in europäischen Wäldern geschlagen wurde, um 47 Prozent.

Keine Zeit für falsche Behauptungen

Die Betreiber von Holzbiomassekraftwerken behaupten meist dreist, sie würden nur Äste und Restholz aus Wäldern oder Sägereste verbrennen, und werben damit, dass dies eine nachhaltige Lösung sei. Tatsächlich ist es reines Greenwashing! Investigative Recherchen zeigen immer wieder Lkw, die Baumstämme von Kahlschlagsflächen zu den Pellet-Produktionsstätten der weltgrößten Pellet-produzierenden Unternehmen Enviva und Granuul Invest transportieren. Auch in Cuxhaven soll ausschließlich Frischholz verbrannt werden.

Abgesehen davon, dass es ohnehin nicht genug Holz gibt, um die Kraftwerke und andere Industrien wie die Möbel- und Bauindustrie längerfristig zu versorgen, verschärft das Abholzen den Klimawandel. Um die globale Erwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten, müssen wir die Kohlenstoffsenken vergrößern und die Menge an Kohlenstoff, die in die Atmosphäre gelangt, verringern. Die Verbrennung von Holzbiomasse zur Energiegewinnung bewirkt genau das Gegenteil. Die Klimakrise ist dramatischer denn je, und wir dürfen keine Zeit auf falsche Lösungen verschwenden, die nur auf dem Papier gut aussehen, aber in Wahrheit dem Planeten schaden.

Auch der Import von Holz ist keine Lösung!

In Cuxhaven und Umgebung gibt es nicht viele Wälder. Das Holz für das Holzheizkraftwerk wird importiert, wahrscheinlich aus Skandinavien und den baltischen Staaten wie zum Beispiel Estland. In vielen Regionen werden also wertvolle Wälder abgeholzt, um Holz für Holzheizkraftwerke in Europa zu gewinnen. In Estland nahm die Waldzerstörung in den letzten Jahren aufgrund der hohen Nachfrage nach Holz stark zu. Sogar Schutzgebiete wie Natura-2000-Gebiete werden häufig abgeholzt und Lebensräume zerstört. Die Vogelbestände sind dort rapide zurückgegangen.

Die Wälder der Welt befinden sich aufgrund des Klimawandels, der übermäßigen Abholzung und der unterschiedlichen Klimafolgeschäden wie Insektenbefall, Stürme, Dürren und Feuer in einem extrem schlechten Zustand. Es gibt zudem kaum noch intakte Urwälder und wenige naturnahe Wälder. Stattdessen werden anfällige Monokulturen gepflanzt.

Der Humusboden der Wälder, der große Mengen an Kohlendioxid speichert, wird bei der Holzernte, vor allem bei der häufig angewandten Kahlschlagmethode, zerstört. So gelangt weiteres CO₂ in die Atmosphäre und diese Kohlenstoff-

Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh



Die Aktiven protestieren gegen den Wahnsinn, in Zukunft Holz in Großkraftwerken zu verbrennen

senke wird zu einer Kohlenstoffquelle. Die Wälder stehen schon jetzt unter zu viel Druck. Die zusätzliche Nachfrage nach Holz durch Holzbiomassekraftwerke wird dies noch verschärfen.

Und unsere Gesundheit?

Nicht allein die Wälder leiden unter den Auswirkungen der Verbrennung von Holz-Biomasse. Schon 2018 starben in der EU bis zu 379.000 Menschen innerhalb eines Jahres infolge von Luftverschmutzung. Der Großteil der Emissionen stammt aus festen Brennstoffen, vor allem aus Holz. Weitere Emissionen werden mit 18 Prozent im Energiesektor erzeugt, weitere elf Prozent stammen aus dem Straßenverkehr. Hinzu kommen Krankheiten wie Asthma, Bronchitis und Herzerkrankungen, die durch die Luftverschmutzung verschlimmert werden.

Wenn die Luftverschmutzung durch Holzbiomassekraftwerke so erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung hat, warum darf die Öffentlichkeit dann nicht darüber entscheiden, ob sie diese Form der Energieerzeugung will oder nicht?

ROBIN WOOD fordert eine klimagerechte Energiewende

Trotz der Kritik von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen in Cuxhaven wird der Bau des Holz-Heizkraftwerks fortgesetzt. ROBIN WOOD wird weiter zusammen mit anderen Umweltgruppen darüber informieren, welche schädlichen Auswirkungen das Cuxhavener Holz-Heizkraftwerk auf Klima und Umwelt haben wird. Mit spektakulären Aktionen werden wie die Öffentlichkeit weiter für dieses wichtige Thema sensibilisieren.

Patricia Ngati, Biomasseexpertin, ROBIN WOOD,
patricia.ngati@robinwood.de



Grafik: iStock/Benjavis

Gefährlicher EU-Etikettenschwindel: Atomkraft, Gas- und Holzverfeuerung sind nicht klimafreundlich

Wirtschaften, ohne den Planeten zu ruinieren – das ist der Anspruch, den die EU-Kommission mit ihrem „Green Deal“ erfüllen will. Helfen bei der Umsetzung soll ein neues Regelwerk, die sogenannte Taxonomie. Diese Klassifikation definiert, welche Wirtschafts- und Finanzaktivitäten in der EU als ökologisch nachhaltig gelten. Wer dementsprechend wirtschaftet, soll es erheblich leichter haben, an Kapital dafür zu gelangen.

Inwieweit es tatsächlich gelingt, mit diesem Steuerungsinstrument Geldströme so umzulenken, dass Treibhausgase und Umweltzerstörung reduziert werden, hängt an der – hochpolitischen – Ausgestaltung dieser so wissenschaftlich klingenden Taxonomie, und hier tun sich leider Abgründe auf. Starke öffentliche Aufmerksamkeit hat der vor allem zwischen Frankreich und Deutschland geführte industriepolitische Streit um die Bewertung von Atomkraft und Gas bekommen. Die Entscheidung darüber war so umstritten, dass sie zunächst ausgeklammert wurde, während der Großteil des Regelwerks bereits zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. Ausgerechnet zu Silvester, während das politische Leben traditionell ruhiger läuft, veröffentlichte die EU-Kommission dann ihren Vorschlag, Atom- und Gaskraftwerke als nachhaltig einzustufen und stieß damit in der Umweltbewegung auf Entsetzen!

Gefährliche Atomenergie

Deutschland hat sich aus guten Gründen aus der gefährlichen Atomtechnologie mit den auf ewig strahlenden Altlasten verabschiedet. Die letzten atomaren Leistungsreaktoren werden im kommenden Jahr endlich vom Netz gehen. Dafür hat die Anti-AKW-Bewegung – und ROBIN WOOD mittendrin – hierzulande jahrzehntelang gestritten. Frankreich dagegen will den hohen Anteil der Atomkraft von 70 Prozent am Energiemix im eigenen Land weiter steigern und eine Milliarde Euro zusätzlich in die Atomtechnik investieren. Entsprechend hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gemeinsam mit neun weiteren EU-Staaten Druck auf die EU-Kommission gemacht, Atomkraft als nachhaltig einzustufen. Welch ein Irrsinn, angesichts von Tschernobyl und Fukushima und dem auf Millionen Jahre tödlich strahlenden Müll sowie den horrenden Kosten, die auf die Allgemeinheit abgewälzt werden! Und welche Irreführung der Öffentlichkeit, Windkraft und Solaranlagen auf eine Stufe mit der Atomkraft zu stellen!

Deutschland wiederum hatte sich fürs Erdgas stark gemacht, obwohl auch diese klimaschädliche Energieform keinesfalls ein Nachhaltigkeitslabel verdient (siehe dazu Seite 16 und 17). Viel weniger öffentliche Aufmerksamkeit bekam, dass durch die neue Taxonomie auch das Verfeuern von Biomasse zur

Strom- und Wärmeproduktion als nachhaltig eingestuft wird. Damit dürften künftig nicht nur mehr privates Kapital, sondern auch mehr Fördergelder, europäische und nationale Beihilfen und Steuergelder in die Holzverfeuerung fließen.

Kein Holz ins Kraftwerk!

Besonders Länder mit einer starken Holzindustrie wie Finnland und Schweden hatten Druck gemacht, um noch mehr für diese Branche rauszuholen. Wie stark etwa die schwedische Regierung eigene wirtschaftliche Interessen verfolgt, zeigt sich am Beispiel Vattenfall. Der Konzern ist zu 100 Prozent in Staatsbesitz. Er setzt inzwischen voll auf das Geschäft mit der Biomasse, sowohl auf den Handel mit Pellets als auch auf das Verfeuern von Holzbiomasse in Kraftwerken, vor allem in Schweden, aber ebenso in Deutschland. Bereits im Jahr 2020 bezog der Konzern nach eigenen Angaben rund 750.000 Tonnen Holzbiomasse für seine eigenen Kraftwerke und für seine Kunden. Hinzu kamen 215.000 Tonnen so genannter Holzabfall. Holz für die Produktion von Strom und Wärme in industriellem Maßstab zu verfeuern, schadet den Wäldern und dem Klima und läuft dem in der Taxonomie genannten Prinzip der Kreislaufwirtschaft komplett zuwider.

Eine Taxonomie, die Atom, Gas- und Holzenergie als nachhaltig einstuft, ist ungläubwürdig und wird Klima und Umwelt mehr schaden als nutzen. Damit wird eine an sich sinnvolle Idee ad absurdum geführt und eine Chance vertan, Kapital in den Ausbau von klimafreundlichen, erneuerbaren Energien zu lenken. Mitte Januar dieses Jahres hat die EU-Kommission den entsprechenden Rechtsakt verabschiedet. EU-Parlament und Ministerrat können dagegen Einspruch einlegen. Die deutsche Bundesregierung hat sich in ihrer Stellungnahme inzwischen zwar gegen ein grünes Label für Atomkraft positioniert. Doch die Einstufung von fossilem Gas als nachhaltig unterstützt sie, und die Verfeuerung von Holzbiomasse lässt sie kritiklos geschehen. So lässt sich eine Taxonomie, die EU-weit Kapital in klimaschädliche Energien lenkt, nicht stoppen.

ROBIN WOOD fordert die Abgeordneten des EU-Parlaments auf, gegen die Taxonomie zu stimmen. Sollte die erforderliche Mehrheit, um einen Einspruch durchzubekommen, nicht erreicht werden, tritt das Gesetz unverändert in Kraft. Dann bliebe Regierungen, die die Taxonomie in der vorliegenden Form ablehnen, der Gang vor den Europäischen Gerichtshof. Anders als die rot-grün-gelbe Regierung in Berlin haben Österreich und Luxemburg dies bereits angekündigt.

Ute Bertrand, ute.bertrand@robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

22. Januar 2022, Lingen: Protest gegen die unbegrenzte Laufzeit der dortigen Atomfabrik. Dass die EU-Kommission plant, Atom und Gas als nachhaltig zu deklarieren, ist unglaubwürdig und untergräbt den europäischen Green Deal

EU-Taxonomie: Kein grünes Label für Gas und Atom!

Die Taxonomie ist das neue Regelwerk der EU-Kommission, mit dem sie ihren „Green Deal“ umsetzen möchte. Seit November letzten Jahres werden die Vorschläge der Kommission kontrovers diskutiert.

Die EU-Taxonomieregeln sollen Investor*innen helfen, „nachhaltiger“ Entscheidungen zu treffen. Hier gelistete Sektoren profitieren potenziell von Förderungen in Milliardenhöhe. Darum ist es wichtig, dass nur tatsächlich erneuerbare Energien das „grüne Label“ der EU bekommen. Die Richtlinien gelten für private, nicht aber für öffentliche Investitionen. Im nun vorliegenden Entwurf der Taxonomie will die EU ihr grünes Label neben erneuerbaren Energien, wie z. B. Sonne und Wind auch der großindustriellen Holzverbrennung sowie Atom und Erdgas geben.

Der Entwurf sieht vor, dass bis 2045 Genehmigungen für neue Atomkraftwerke und bis 2030 Genehmigungen für neue Erdgasprojekte gefördert werden. Bei Erdgas kommen weitere Kriterien dazu: So soll ab 2026 ein Anteil von 30 Prozent und ab 2030 von 55 Prozent sogenannter erneuerbarer Gase, wie z. B. Wasserstoff, in den Kraftwerken verbrannt

werden. Dabei darf auch mit der umstrittenen CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) CO₂ aufgefangen und im Boden gespeichert werden, um den erforderlichen Anteil an CO₂ Einsparungen zu erreichen. Ob das möglich ist, stellt sogar die Erdgaswirtschaft in Frage. Die Aufnahme von Erdgas, Atomkraft und Biomasseverbrennung in die Taxonomie untergräbt eindeutig die Glaubwürdigkeit des sogenannten europäischen Green Deals und sendet international ein verheerendes Signal. Michael Bloss, Abgeordneter der Grünen im EU-Parlament, sagt dazu: „Atomkraft und Gas in die EU-Taxonomie aufzunehmen, ist wie ein Ei aus Käfighaltung als Bio zu stempeln“. Viele Umweltorganisationen und Bündnisse glauben, dass diese Regelungen ein Deal zwischen Frankreich und Deutschland sind. Kanzler Olaf Scholz hat sich für ein grünes Erdgas-Label in der Taxonomie eingesetzt und Frankreich hat dafür das Label für die für sie extrem wichtige Atomkraft bekommen.

Ein Deal, der mit Blick auf den Koalitionsvertrag der Ampel nicht verwunderlich ist. Darin wird Erdgas als Brückentechnologie bis 2045 aufgeführt. Ein Regierungssprecher kommentierte den EU-Entwurf so, dass nach dem Ausstieg

Deutschlands aus der Kohle- und Atomverstromung Erdgas eine wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität sei. Realität ist aber, dass dieser Ausstieg kein Einstieg in die Verstromung von fossilem Erdgas sein darf. Vor diesem Hintergrund ist es schwer zu glauben, dass die neue Regierung ernsthafte Bemühungen zum Klimaschutz und der Einhaltung des 1,5°-Zieles betreiben wird. So wird nach nicht einmal 100 Tagen Amtszeit klar, dass Olaf Scholz sein Versprechen ein Klimakanzler zu sein nicht einhalten kann. Aus der restlichen Bundesregierung kommen gemischte Stimmen zu dem EU-Vorschlag. FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner lobt erwartbar den Vorschlag der EU und hebt hervor, dass die neugebaute Gasinfrastruktur später klimaneutral mit Wasserstoff betrieben werden kann.

Ob dies tatsächlich möglich ist, ist unter Expert*innen stark umstritten. Grünen-Chef und Wirtschafts- und Klima-Minister Robert Habeck sagt zur Aufnahme von Atomkraft in die Taxonomie: „Die Vorschläge der EU-Kommission verwässern das gute Label für Nachhaltigkeit.“ Für ihn ist zumindest fraglich, ob fossiles Gas in die Taxonomie aufgenommen werden sollte. Aber auch er lobt, dass die EU eine Wasserstoffnutzung der Gaskraftwerke ab 2035 plant. Bei den Grünen auf Bundesebene ist damit zumindest bei Erdgas nur schwache Kritik an den EU-Vorschlägen zu hören.

In ihrer Stellungnahme zur EU-Taxonomieverordnung lehnt die Ampelkoalition die Einstufung von Atomkraft als nachhaltig ab und weist auf die großen Gefahren dieser hin. Erd-

gas hingegen soll als Brücke zur Umstellung auf ein erneuerbares Energiesystem genutzt und daher in die Taxonomie aufgenommen werden. Damit folgt die Bundesregierung den Forderungen der Erdgasindustrie und setzt sich für eine Absenkung der Emissionsgrenzwerte von Gaskraftwerken ein. Ein Schritt der die sowieso schon schwachen Vorgaben weiter aufweicht.

Um den jetzigen Plan der Taxonomie zu verhindern, müssen sich mindestens 20 EU-Staaten, die 65 Prozent der EU Gesamtbevölkerung repräsentieren, oder 353 EU-Parlamentsabgeordnete dagegen stellen. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich, da sich neben Deutschland nur Österreich, Luxemburg, Spanien, Dänemark und Portugal gegen die Aufnahme von Atomkraft aussprechen. In Österreich regt sich deutlicher Widerstand. Das Land überlegt gegen die Aufnahme von Erdgas und Atomkraft in die Taxonomie zu klagen. Die österreichische Klimaschutzministerin Leonore Gewessler sagt dazu: „Weder Atomkraft noch das Verbrennen von fossilem Erdgas haben in der Taxonomie etwas verloren.“

ROBIN WOOD fordert, dass Investitionen in klimaschädliche und gefährliche Energien umgehend gestoppt werden müssen. Atomkraft, Erdgas und das Verbrennen von Holz in Großkraftwerken dürfen nicht „grün gewaschen“ werden und müssen aus der Taxonomie verschwinden!

*Danial Schirojan, ROBIN WOOD,
danial.schirojan@robinwood.de*

Investitionen in klimaschädliche Energien müssen sofort gestoppt werden. Stattdessen muss die EU dringend auf tatsächlich erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne setzen



Foto: Knut Hildebrandt, ROBIN WOOD



Wenn staatliche Akteure nicht den Willen zeigen den Klimawandel zu bekämpfen, liegt es an zivilen Akteuren den notwendigen Druck aufzubauen!

Klimakonferenz in Glasgow: Never trust a COP26!

Anfang November 2021 tagte die UN-Klimakonferenz in Glasgow zur COP 26. Zeit, einen kritischen Blick auf die Ergebnisse zu werfen.

Ursprünglich geplant für Dezember 2020, wurde die COP 26 aufgrund der COVID-19 Pandemie um ein Jahr verschoben. Unter strengen Auflagen tagten die teilnehmenden Staaten und zivilen Akteure vom 31. Oktober bis zum 13. November 2021 im schottischen Glasgow. Als fünfte COP nach der historischen Klimakonferenz in Paris, war dies die erste Konferenz, bei der von den Vertragsstaaten erwartet wurde, verstärkte nationale Beiträge zur Begrenzung des menschengemachten Klimawandels vorzulegen. Verstärkte freiwillige nationale Anstrengungen zu mehr Klimaschutz waren laut Vereinbarung für 2020 vorgesehen und wurden mit der ganzen Konferenz um ein Jahr nach hinten verschoben – in Hinblick auf die Dringlichkeit, mit der wir der Klimakrise begegnen müssen, besonders tragisch.

Aber auch mit einem Jahr mehr Zeit haben es nur 165 von 192 Staaten geschafft, ihre Bemühungen für wirksamen Klimaschutz zu verstärken. Zu den fehlenden Staaten gehören unter anderem China, Indien und Saudi-Arabien. Andere Staaten wie Australien, Brasilien, Mexiko und Russland haben zwar neue Ziele eingereicht, hier ist aber keine Verbesserung, teilweise sogar eine Verschlechterung ihrer Anstrengungen um mehr Klimaschutz abzusehen. Die eingereichten Verpflichtungen zur Begrenzung des Klimawandels, die eigentlich dafür sorgen sollten, dass die globalen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2010 sinken, lassen stattdessen einen Anstieg um 16 Prozent bis 2030 erwarten und damit einen globalen Temperaturanstieg von 2,7°C. Auch das Ziel der Industriestaaten, ärmere Länder ab 2020 mit jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu unterstützen, wurde verfehlt. Aufgrund vieler Lücken in den Klimazielen und der Klimafinanzierung der reichen Industrienationen fehlte es diesen bereits vor der Klimakonferenz

an Glaubwürdigkeit. Da reichte es auch nicht, dass sich die G20-Staaten im Vorfeld der Konferenz in Rom trafen und sich sowohl zum 1,5 Grad-Ziel bekannten, als auch andere Staaten zu dessen Einhaltung aufforderten. Auch hier mangelte es wieder an konkreten Plänen und eigenen Beiträgen der G20.

Trotz dieser ernüchternden Voraussetzungen waren die Erwartungen an die 26. COP unter britischer Konferenzpräsidentschaft groß. Nicht weniger als neues Leben sollte sie dem Abkommen von Paris einhauchen und die Staaten wieder auf den 1,5 Grad-Pfad zurückbringen.

Am 13. November endete die COP 26 dann mit einem Tag Verspätung. Die Abschlusserklärung, der „Glasgow Climate Pact“ wurde auf den letzten Metern noch mal abgeschwächt. Gipfelpräsident Sharma entschuldigt sich für den enttäuschenden Ausgang der Konferenz. Damit endete die COP 26 und blieb hinter den großen Erwartungen zurück, die in sie gesteckt wurden.

Ergebnisse dieser Klimakonferenz?

Positiv zu bewerten ist, dass die Staaten deutlicher als noch in Paris formulierten, den globalen Temperaturanstieg unbedingt auf 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. In Paris war noch von deutlich unter 2°C die Rede. Dieser Schritt ist besonders seit dem *Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung* des IPCC's von 2018 überfällig. In der Abschlusserklärung wird gefordert, die Treibhausgasemissionen auf 45 Prozent im Vergleich zu 2010 zu reduzieren. Die Vertragsstaaten werden dazu aufgefordert ihre Klimaziele für 2030 bis Ende 2022 nachzubessern, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei werden aber nicht, wie von vielen Staaten gefordert, die G20-Staaten besonders in Pflicht genommen, obwohl sie die größten Emittenten sind.

Ein Novum der Konferenz ist, dass erstmals eine konkrete Klimaschutzmaßnahme benannt wird. Die Staaten werden dazu aufgefordert die Verbrennung von Kohle zu beenden und ineffiziente fossile Subventionen zu streichen, wobei der Begriff „ineffizient“ nicht näher erläutert wird. Das Beenden der Kohleverbrennung bezieht sich nur auf die Kohle, bei der nicht mittels der stark umstrittenen CCS (Carbon-Capture Storage)-Methode CO₂ gebunden werden kann. Diese Abschwächungen im Endbeschluss sind auf Interventionen vor allem von China und Indien zustande gekommen. Sie sorgten für einen ordentlichen Wirbel am Ende der Konferenz. Die Abschlusserklärung fordert die Industriestaaten auf endlich ihr Versprechen einzuhalten und die versprochenen 100 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung von ärmeren Ländern zu zahlen. Diese Gelder müssen bis 2025 mindestens verdoppelt werden. Dazu sollen gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Staaten, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, zu unterstützen. Hier fehlt aber ein konkreter Rahmen, wie diese Unterstützung aussehen soll.

Ein großes Ziel der Konferenz war es auch, das Regelbuch des Pariser Klimaabkommens weiter zu konkretisieren. Dabei ging es vor allem um Regeln für einen internationalen

CO₂-Markt. Hier sollen Schlupflöcher im Emissionszertifikate-Handel geschlossen werden, damit nicht sowohl der ausgebende als auch der kaufende Staat die Kompensation in die Klimabilanz einrechnet. Weiter wurden auch die Beitragspflichten zum Klimaschutz für die einzelnen Staaten konkretisiert.

Bilaterale Annäherungen gab es unerwartet zwischen den USA und China. Die beiden größten CO₂-Emittenten haben sich zu einer verstärkten Zusammenarbeit bekannt und eingeräumt, dass zwischen ihren Klimazielen und dem 1,5 Grad-Ziel noch eine große Lücke klafft.

Neben der Abschlusserklärung wurden noch zahlreiche Initiativen von der britischen Konferenzpräsidentschaft angestoßen.

- Hier bekannten sich 190 Staaten, Regionen und Organisationen dazu aus der Kohleverstromung auszusteigen,
- 40 Länder wollen die Finanzierung fossiler Energieträger im Ausland beenden,
- 110 Staaten wollen bis 2030 den Verlust weltweiter Wälder stoppen und
- 105 Staaten streben eine Minderung ihres Methan-Ausstoßes bis 2030 um 30 Prozent an.

Dennoch sind die Ergebnisse der COP 26 in Glasgow nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und reichen bei weitem nicht aus, um der Klimakrise wirksam zu begegnen. Was bleibt also am Ende dieser COP? Vor allem eine Menge „Blabla“ und viel heiße Luft.

Und es gilt das, was auch schon vor Glasgow galt: Wenn staatliche Akteure nicht den Willen zeigen den Klimawandel zu bekämpfen, liegt es an zivilen Akteuren den notwendigen Druck aufzubauen!

[Daniel Schirojan, daniel.schirojan@robinwood.de](mailto:daniel.schirojan@robinwood.de)

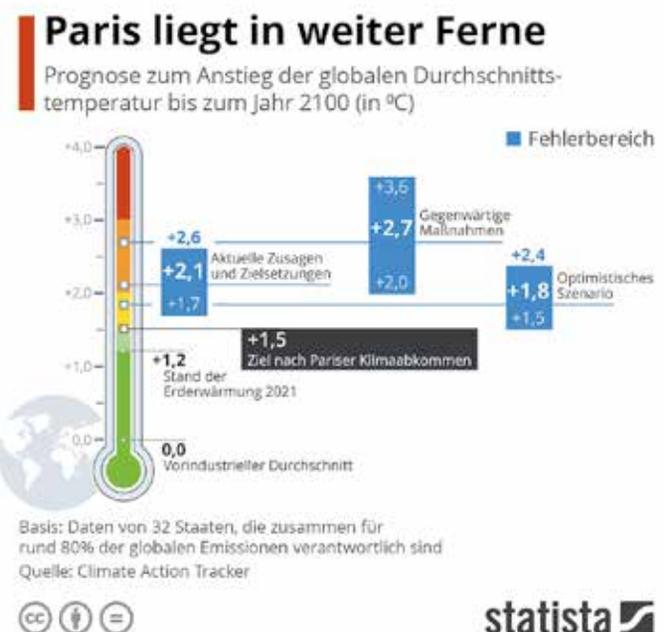




Foto: iStock/Eugen_Prozhyrko

Immer mehr Menschen in Deutschland können sich eine geheizte Wohnung nicht leisten

Energiearmut

Die Energieversorgung hat es mal wieder auf die Titelseiten geschafft – allerdings ging es dabei zuletzt vor allem um ihren Preis. Vielleicht haben Sie auch in den letzten Monaten ein Schreiben Ihrer Gas- oder Stromanbieter bekommen, die deutliche Preissteigerungen zum Jahreswechsel ankündigten.

Laut einer Erhebung eines Vergleichsportals beträgt die durchschnittliche Preissteigerung fürs vergangene Jahr 24 Prozent bei Erdgas und neun Prozent bei Strom. Expert*innen gehen davon aus, dass die Preise für Strom und Gas den ganzen Winter über hoch bleiben werden. Und das ist besonders verheerend für diejenigen, bei denen das Geld eh schon knapp ist. Bereits im Herbst letzten Jahres warnte der EU-Arbeitskommissar Nicolas Schmit davor, dass die Energiearmut in der Union deutlich zunehmen wird.

Unter Energiearmut wird verstanden, dass Haushalte sich die benötigte Energie nicht leisten können. Also zum

Beispiel, dass sie ihre Wohnung nicht angemessen heizen, um Heizkosten zu sparen. Oder dass sie von Strom- oder Gasabschaltungen bedroht sind, da sie ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können. Oder dass sie sich wegen hoher Energiekosten andere Grundbedürfnisse nicht mehr leisten können.

In Deutschland gibt es keine offizielle Definition von Energiearmut und dementsprechend auch keine Statistiken. Klar ist jedoch, dass sie kein neues Phänomen ist – und viele Millionen Menschen betrifft. Die EU geht davon aus, dass 2019 ca. 30 Millionen Menschen in Europa von Energiearmut betroffen waren – und dass diese Zahl seitdem gestiegen ist. Allein in Berlin gibt es ca. 20.000 Strom- und Gassperren jährlich. Das Thema Energiearmut macht deutlich, dass die Energieversorgung untrennbar mit Fragen sozialer Ungleichheit verbunden ist. Eine Studie des Ökoinstituts zu Energiearmut in Berlin zeigt eindrucksvoll, dass Haushalte mit einem geringeren Einkommen prozentual deutlich mehr für Energie aus-

geben, als Haushalte mit einem hohen Monatseinkommen, auch wenn letztere signifikant mehr Energie verbrauchen. So geben Haushalte mit einem Monatseinkommen unter 900 Euro in Berlin im Schnitt 10 Prozent ihres Einkommens für Energie aus. Haushalte mit einem Einkommen von 2000 bis 2600 Euro im dagegen Schnitt 6,5 Prozent – und bei einem Monatseinkommen zwischen 5000 und 18.000 beträgt der Anteil gerade mal 2,5 Prozent. Steigende Energiepreise bekommen also vor allem die einkommensschwachen Haushalte zu spüren, auch wenn diese weniger Energie verbrauchen. Die Angst davor, sich die benötigte Energie nicht mehr leisten zu können, ist höchst emotional. Verständlicherweise, denn Energiearmut schränkt die gesellschaftliche Teilhabe und die Lebensqualität ein und kann massiv die Gesundheit gefährden.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die Angst vor steigenden Energiepreisen schon immer ein gefundenes Fressen für die Gegner*innen der Energiewende waren. In den letzten

Monaten wurden Stimmen wieder laut, die wahlweise den Ausbau Erneuerbarer Energien, den CO₂-Preis oder den Kohle- und Atomausstieg als vermeintliche Schuldige des Preisanstiegs benannten und kritisierten.

Die Argumentation „Die Energiewende ist Schuld am Anstieg der Energiepreise“ besticht zwar durch ihre Schlichtheit – ist aber falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Hätte die Politik im letzten Jahrzehnt die Energiewende konsequent gefördert statt sie immer wieder auszubremsen, wäre der Strompreis aktuell nicht so gestiegen – und der hohe Preis von Gas hätte deutlich weniger verheerende Konsequenzen. Es ist die fortbestehende hohe Abhängigkeit von fossilen Energien, die uns in diese Situation gebracht hat.

Die Weltmarktpreise für Erdgas sind in den letzten Monaten in die Höhe geschneit. Das liegt an einer weltweit rasant steigenden Nachfrage, insbesondere nach dem starken Rückgang der Wirtschaftsleistung zu Beginn der Corona-Pandemie. Nach dem letzten kalten Winter waren außerdem die Gaslager in Europa relativ leer. Aber auch geopolitische Verstrickungen wie die Auseinandersetzung um NorthStream2 werden für die gestiegenen Gaspreise mitverantwortlich gemacht. Erdgas ist in Deutschland weiterhin die vorherrschende Energiequelle zum Heizen – die gestiegenen Weltmarktpreise für Gas betreffen also früher oder später die Heizkosten vieler Menschen – egal ob sie ans Fernwärmenetz angeschlossen sind oder mit einer Gas-Zentral- oder Etagenheizung heizen. Gas wird außerdem zur Stromproduktion genutzt – so dass die gestiegenen Gaspreise sich auch auf den Strompreis auswirken.

Ein weiterer Grund für den gestiegenen Strompreis ist der im letzten Jahr eingeführte CO₂ Preis. Mit 30 Euro pro Tonne CO₂ liegt dieser immer noch weit unter den 201 Euro, die das Umweltbundesamt als Einpreisung der vollen Klimakosten von CO₂ annimmt. Dennoch trägt er zur Steigerung der Kosten für Kohle- und Gasstrom bei.

Doch auch hier gilt: Hätten wir den Ausstieg aus den Fossilen schon vollzogen – oder ein deutlich höheres Angebot an erneuerbarem Strom – könnte den

Verbraucher*innen der Preis für Kohle- und Gasstrom egal sein.

Eine im Oktober 2021 veröffentlichte Studie von Energy Brainpool zeigt, dass 50 Terrawattstunden zusätzlicher Erneuerbarer Strom bis 2030 fossile Kohle- und Gaskraftwerke weiter aus dem Markt drängen und die Stromkosten bis zu 30 Prozent senken würden. Andere Studien zeigen, dass schon jetzt durch Erneuerbare Energien massiv Geld eingespart wird – verglichen mit den Kosten, die sonst zusätzlich für fossile Energieträger ausgegeben werden müssten.

Denn entgegen eines verbreiteten Vorurteils sind Wind-, Solar- und Wasserstrom mittlerweile unschlagbar günstig. Insbesondere wenn die externalisierten, also von der Gesellschaft getragenen Kosten, mit berücksichtigt werden, können Kohle, Gas und Atom preislich nicht mithalten. So beziffert das Forum Ökologische Marktwirtschaft beispielsweise die vollständigen Stromentstehungskosten für Solarstrom auf im Mittel 7,07 ct/kWh, wohingegen der Preis für Steinkohlestrom bei 25,5 ct/kWh und für Atomstrom bei 22,7 bis 34,3 ct/kWh liegt. Weiter auf Kohle, Gas und Atom zu setzen ist also auch rein volkswirtschaftlich keine Option – von den Klima- und Umweltfolgen ganz zu schweigen.

Doch denjenigen, die aktuell vor der Wahl zwischen einer kalten Wohnung oder dem Wocheneinkauf stehen, hilft diese Erkenntnis herzlich wenig. Daher braucht es jetzt kurz- und mittelfristige Maßnahmen, um die von Energiearmut betroffenen Haushalte zu unterstützen. Ideen gibt es dafür einige – von der Erhöhung von Sozialhilfe und Mindestlohn über Klimaboni bis zu reduzierten Strompreisen für einkommensschwache Haushalte. Doch es hapert an der Umsetzung.

Darüber hinaus muss die Energiewende deutlich beschleunigt werden – und sie muss als große Chance verstanden werden, die Energieversorgung sozial gerechter zu gestalten. Als Klimabewegung können und sollten wir diese Perspektive noch stärker voranbringen – und den Schulterchluss mit anderen

sozialen Bewegungen wie Recht-auf-Stadt, Mieter*innen Selbstorganisation, Arbeitslosenkämpfe und Refugees-Struggles suchen.

Wie wäre es mit der Vision einer Zukunft, in der niemand unter Existenzängsten leidet, weil die Weltmarktpreise für fossile Energieträger explodieren? Einer Welt, in der jede*r finanziell von den Vorteilen lokaler Stromproduktion profitieren kann – egal ob als Mieter*in oder Hausbesitzer*in. Einer Welt, in der niemand in der Nähe von den gesundheitsschädlichen Kraftwerken wohnen muss; in der kalte, schlecht isolierte Wohnungen der Vergangenheit angehören – und es keine Frage des Geldbeutels ist, in einem gesunden Wohnklima zu leben. Einer Welt, in der niemand Energiebedarf gegen andere Grundbedürfnisse abwägen muss.

Das bedeutet auch: Es muss sich deutlich mehr ändern, als die Zahl der Windräder oder die Art der Wärmequellen. Mit einem ‚weiter so – bloß erneuerbar‘ ist es bei der Energiewende nicht getan. Stattdessen müssen sich Energieproduktion und -verteilung grundlegend ändern. Denn solange diese weiterhin massiv von den wirtschaftlichen Interessen großer Konzerne beeinflusst werden, können wir diese Zukunft nicht erreichen. Eine große Chance für diese dringend notwendigen Veränderungen bieten die verschiedenen aktuellen Initiativen für Vergesellschaftungen – ob von Strom- und Wärmenetzen oder von großen Energiekonzernen.

Aber auch die Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne, wie sie aktuell von der Berliner Initiative ‚Deutsche Wohnen enteignen‘ vorangetrieben wird, bietet ein enormes Potenzial für eine sozialgerechte urbane Wärmewende. Gemeinsam müssen wir die Energiewende als soziales Projekt verstehen und vorantreiben – und damit auch denjenigen den Wind aus den Segeln nehmen, die versuchen mit steigenden Energiepreisen Stimmung gegen den anstehenden Wandel zu machen.

Ronja Heise, ROBIN WOOD-
Energierreferentin,
energie@robinwood.de

In Nordschweden werden immer noch alte Wälder von Konzernen wie Sveaskog eingeschlagen. Lesen Sie auf den nächsten Seiten warum die Sami und ihre Rentiere von diesen Wäldern abhängen und wie ihre Rechte weiterhin missachtet werden



Foto: Rasmus Törnqvist



Fotos: Rasmus Törnqvist

Nur in alten Wäldern finden die Rentiere im Winter genug zu fressen. Die sind aber oft schon abgeholzt oder vom Holzeinschlag bedroht

Mounio Sámi, Nordschweden:

„Wir brauchen den Wald zum Leben“

„Die Rentiere und wir sind zu 100 Prozent vom Wald abhängig. Was werden wir tun, wenn der Wald weg ist? Wo-von werden die Rentiere leben?“, fragt Katharina Sevä, Rentierzüchterin im schwedischen Zuchtgebiet Muonio Sámi

Das Rentier-Zuchtgebiet Muonio Sámi liegt im nördlichsten Teil Schwedens, in Norbotten, an der Grenze zu Finnland. Schwedens größtes Forstunternehmen, das staatseigene Sveaskog, missachtet hier immer wieder die Rechte der Sámi und Holz in diesen für

In diesen alten Naturwäldern wachsen die Flechten: das Futter der Rentiere



die Rentierzucht wichtigen Gebieten ungebremst alte Wälder ab. Die Zerstörung der samischen Weidegründe ist bei weitem kein punktuell Problem, sondern hat nahezu überall in den alten schwedischen Wäldern System. Dabei ist das schwedische Forstunternehmen Sveaskog die treibende Kraft der Zerstörung. Alleine im Gebiet Muonio Sámi meldete das Unternehmen aktuell mehr als 100 Abholzungen an, die meisten von ihnen in alten, naturnahe Wäldern. Und viele von ihnen wurden bereits kahlgeschlagen.

In Muonio Sámi fordern die Sami und Greenpeace Schweden, dass Sveaskog sofort alle Abholzungen in dem Gebiet einstellen müsse. Und zwar bis die Konsultationen mit der samischen Gemeinschaft wieder aufgenommen werden. Um ihren Forderungen Nachdruck und Öffentlichkeit zu verschaffen, produzierten sie dazu einen aufrüttelnden Film, <https://www.youtube.com/watch?v=oSPejPbSoWk>. Mit bewegenden Statements geben die Rentierzüchter*innen Katarina Sevä,

Ronny Nyström, Hans Holma und der Forstbiologe Sebastian Kirppu Einblick in ihre schwierige Situation. Es ist deutlich zu sehen, wie eng ökologische mit sozialen und kulturellen Aspekten verwoben sind. Die Zerstörung der Wälder der Sami kommt einer Zerstörung ihrer jahrhundertealten Kultur und ihrer alltäglichen Gegenwart gleich. Der Großteil der zerstörten Wälder landet in der Papierproduktion – und Deutschland ist für diese Branche der Hauptabnehmer.

Jana Ballenthien, Waldreferentin von ROBIN WOOD, hat die Filmstatements übersetzt:

Katharina Sevä: „Rentierzucht ist nicht nur ein Job, sondern unser Leben - rund um die Uhr, das ganze Jahr, Generation für Generation. Wir sind absolut abhängig vom Wald, der dafür sorgt, dass es mit den Flechten Nahrung für die Rentiere gibt.“

Sebastian Kirppu: „Wir befinden uns jetzt gerade während der Filmaufnahmen in einer natürlichen Kiefernwald-Umgebung.“

Sie können sehen, wie viele Hängeflechten es hier gibt. Und Sie sehen die vielen unterschiedlichen Stammdurchmesser, die hohen Bäume, die niedrigen Bäume, die vielen Hängeflechten, die großen Altersunterschiede der Bäume in diesem Wald. Dies sind klare Hinweise dafür, dass es sich hier um einen Naturwald handelt. Das sind unglaublich wichtige Lebensräume. Wir wissen, dass diese natürliche Waldumgebung in der Regel viel mehr hängende Flechten, oft viel mehr Bodenflechten und vor allem eine größere biologische Vielfalt aufweist als unsere gepflanzten Holzäcker, auf denen gleichaltrige Kiefern stehen, die von einer Mutterpflanze abstammen.“

Katharina Sevä: „Ich sehe, wie schnell die Abholzung voranschreitet. Es geht Jahr für Jahr immer schneller. Und bald werden wir überhaupt keine Wälder mit hängenden Flechten mehr haben. Wir haben keine älteren Wälder mehr. Das ist fatal. Ich bin sehr beunruhigt. Vor ein paar Jahren gab es noch Konsultationen mit Sveaskog. Leider hat die Firma plötzlich alle Beratungen mit uns eingestellt. Wir haben nie eine offizielle Erklärung bekommen.“

Ronny Nystrom, der auch der ehemalige Verhandlungsführer der Sami ist: „Eines Frühjahrs kam ein Vertreter von Sveaskog zu mir, und teilte mir mit, dass es keine Besprechungen mehr mit uns geben würde - Befehl von oben.“

Katharina Sevä: „Und bis dahin hat Sveaskog die Gebiete, die wir vor dem Abbruch der Konsultationen besprochen



Kahlschläge im Norden Schwedens bedrohen die Lebensgrundlage der Sami



Katharina Sevä, Rentierzüchterin in Muonio Sámi, fordert von Sveaskog: „Das Abholzen muss sofort gestoppt werden!“

hatten, in Ruhe gelassen, weil sie für die Rentiere und die Rentierzucht wichtig sind. Heute haben wir keine Ahnung, was Sveaskog auf unserem Land macht. Wir stoßen einfach auf ihre Abholzungsmarkierungen in den Wäldern, und wir stehen da und denken: Oh Gott, soll das auch abgeholzt werden?“

Hans Holma (Vorsitzender des Rentierzuchtgebiets Muonio Sámi): „Sveaskog hat die Wälder sehr stark beansprucht. Und jetzt hat man das Gefühl, dass sie nicht mehr viel herausholen können, denn bald ist alles verschwunden.“

Ronny Nystrom: „Wälder mit hängenden Flechten, alle unsere Frühjahrsweidegründe sind im Prinzip schon weg, es gibt nur noch ein paar kleine Streifen. Vielleicht sind irgendwo noch ein paar Randzonen übrig geblieben.“

Katharina Sevä: „In den letzten Jahren hat das Futter im Wald für die Rentiere nicht mehr ausgereicht und wir mussten zufüttern. Das ist gar nicht gut, auf keinen Fall. Aber wenn es im Wald keine Nahrung mehr gibt und immer mehr abgeholzt wird, haben wir keine andere Wahl.“

Hans Holma: „Es wird das Ende der Rentierzucht sein, wenn wir die wenigen

verbliebenen hängenden Flechtenwälder verlieren. Alleine auf ihren Winterweiden werden wir die Rentiere nicht mehr halten können.“

Katharina Sevä: „Da das Abholzen durch Sveaskog schon so weit vorangeschritten ist, sind wir vom Muonio Sámi Rentierzuchtgebiet der Meinung, dass die Holzfirma alle geplanten Einschnitte stoppen muss. Und zwar so lange, bis unsere gemeinsamen Konsultationen wieder aufgenommen werden.“

Magazinrückblick, Ausgabe 147/4.20: Vor etwa einem Jahr im Dezember 2020 haben wir euch über die drohende Zerstörung eines Naturschutzgebietes im nordschwedischen Karantj-Rävåive berichtet. Eine Petition hat damals den Druck auf den Landbesitzer erhöht, seine Pläne zu ändern und das gesamte Gebiet verlässlich zu schützen. Noch laufen die Verhandlungen zwischen der Umweltbehörde und dem Besitzer. Aber es bleibt nach wie vor fraglich, ob die wertvollen Wälder in Zukunft von der Kettensäge geschützt sind. Das ist unabdingbar für den Klimaschutz und den Schutz der Artenvielfalt und die Weidegründe der Rentierherden der Sami.



Die Vergabe von Ökosiegeln würde nicht verhindern, dass nach wie vor viel zu viel Biomasse verbraucht wird. Diese riesigen Eukalyptus-Plantagen in Brasilien gehen zum Beispiel in die Papier- und Zellstoffproduktion.

Foto: iStock/Global_Pics

Sechs Gründe, warum Öko-Siegel keine gute Idee für die Bioökonomie sind

Es gibt sie für Holz, Papier, Palmöl oder Kabeljau: Nachhaltigkeitssiegel. Allzu oft sind diese mit großem Tamtam für eine bessere Welt gestartet worden, um hinterher ernüchert festzustellen, dass Raubbau und Umweltzerstörung einfach weitergehen. Das könnte daran liegen, dass viele dieser freiwilligen Zertifizierungsinitiativen ein paar grundsätzliche Webfehler eingebaut haben. Bleibt zu hoffen, dass Politik, Wirtschaft und Verbände aus Fehlern der Vergangenheit lernen und Öko-Siegel skeptisch hinterfragen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Bioökonomie-Debatte, bei der es darum geht, unsere Wirtschaft von fossil auf biogen umzustellen. Auch hier wird der Ruf nach Öko-Zertifikaten lauter.

Schon heute ist der Globus erschöpft von der Biomasse, die wir im abverlangen: Überfischte Meere und zerstörte Regenwälder sind die Folge. Wenn nun in Zukunft fossile Rohstoffe auch noch komplett durch Biomasse ersetzt werden sollen, dann stellt sich mit Recht die Frage, auf welcher Erde das wachsen soll oder welche Umweltverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen wir dafür möglicherweise in Kauf nehmen wollen. Auch die globale Ressourcenverteilung könnte in eine noch größere Schieflage geraten, wenn in die Industrienationen der nördlichen Hemisphäre große Mengen Biomasse importiert werden.

Das war auch Tenor auf dem Global Bioeconomy Summit 2018 in Berlin, eine Art Klassentreffen der Bioökonomie-Branche. Der Bedarf wird auch aus Ländern kommen, in denen korrupte Eliten am Steuer sitzen oder in denen Aktivismus gefährlich sein kann. So wurde im Januar 2019 in Brasilien die Aktivistin Rosane Santiago Silveira ermordet, vermutlich weil sie sich gegen

industrielle Eukalyptusplantagen des Konzerns Suzano engagierte.

Es gibt aber auch andere Beispiele, bei der die Substitution fossiler Rohstoffe durch verantwortungsvoll produzierte Biomasse sinnvoll ist. Wenn Plastik-Gartenstühle durch langlebige Alternativen aus nachhaltigem Holz ersetzt werden, wird niemand etwas dagegen haben. Ebenfalls positiv ist es, wenn sogenannte Schwarzlauge bei der Papierproduktion nicht einfach verbrannt wird, sondern durch bioökonomische Verfahren in Zukunft Ausgangsstoff für Baumaterialien werden kann.

Was liegt also näher, als mit einer Art Öko-TÜV nachhaltig produzierte Bioökonomie-Produkte positiv zu kennzeichnen. Damit Ware, an der Blut oder Raubbau klebt, gar nicht erst in den Einkaufskorb wandert. Das Praktische daran wäre, es gibt Öko-Siegel bereits für Biomasse aus Ackerpflanzen oder Holz. Da liegt der Gedanke nahe, diese existierenden Zertifikate lediglich ein wenig zu verändern, damit sie auch in einer Bioökonomie funktionieren. Das wäre allerdings keine gute Idee, denn viele dieser Öko-Siegel haben grundsätzliche Webfehler.

1. Nachhaltigkeits-Siegel stoppen nicht die Expansion

Ein entscheidendes Problem können Öko-Siegel nicht stoppen: Palmöl oder Zellstoffplantagen fressen sich immer weiter in die natürlichen Ökosysteme hinein. Die stetige Expansion ist in die DNA der Agrar- und Plantagenkonzerne eingebunden und die dahinter steckenden Kapitalinteressen sorgen für extra Dampf im Kessel. Nachhaltigkeits-Zertifikate sind lediglich dazu in der Lage, die Anbaubedingungen auf einer

definierten Fläche zu verbessern. Obergrenzen für Flächenverbrauch und Anbaumengen steuern sie hingegen nicht. Vielleicht stimmt sogar das Gegenteil. Öko-Siegel steigern möglicherweise die Nachfrage bei den Endverbraucher*innen und sorgen dafür, dass die Plantagenkonzerne weiter auf Kosten von Landlosen und Kleinbauern wachsen.

Die Siegel können außerdem nicht verhindern, dass möglicherweise ein Effekt auftritt, der in der Fachdebatte ILUC, Indirect Land Use Change, genannt wird. Dahinter steckt die Tatsache, dass die globalen Märkte miteinander verbunden sind. Selbst wenn es gelänge, ein Stück Regenwald im indonesischen Borneo mit einem Öko-Siegel vor dem Kahlschlag durch Palmöl zu schützen, könnten sich die Plantagen dafür in Uganda weiter in die Natur fressen.

2. Am Runden Tisch gewinnt der Stärkere – also fast immer die Konzerne

Viele Zertifikate verfolgen einen sogenannten Multistakeholder-Ansatz, d.h. Gruppen mit einem berechtigten Interesse (engl. Stakeholder) wie Sozialverbände, Betroffene vor Ort, Umweltschutzorganisationen und Unternehmen setzen sich an einen Runden Tisch und einigen sich am Ende auf Prüfkriterien, mit denen alle leben können. In der Theorie ist das ein Kompromiss, bei dem alle Beteiligten ein paar Kröten schlucken müssten. Das klingt erst mal nach gelebter Demokratie, Partizipation und Fairness. Die Realität sieht dagegen anders aus. Tatsächlich erfordern solche Prozesse enorme Ressourcen wie Personal, Zeit und Zugang zu Informationen. Davon haben vor allem große Konzerne mehr als genug, wodurch sie ihre Interessen z. B. gegen lokale Dorfgemeinschaft aus

dem globalen Süden durchdrücken können. Selbst große Umweltorganisationen reiben sich am Verhandlungstisch mit den Multis auf.

Wie zum Beispiel beim Holzöko-Siegel FSC (Forest Stewardship Council), das 1993 mit Hilfe von Umweltverbänden ambitioniert startete und mit der Zeit immer industriefreundlicher geworden ist. Entnervt von der Salamtaktik der Industrie, die Standards immer weiter zu verwässern, haben viele große Umweltorganisationen wie Greenpeace mittlerweile den FSC verlassen. In Brasilien gilt der FSC bei progressiven Aktivist*innen mittlerweile gar als grüner Handlanger der verhassten Plantagenkonzerne.

3. Stakeholder ≠ Rightholder

Ganz gleich ob globaler Palmölkonzern, Umweltorganisation mit Hauptsitz in London oder Bauern-Familie am Rande eines Palmölfeldes: Folgt man der Logik vieler Öko-Siegel, handelt es sich bei allen dieser Beteiligten um Stakeholder mit einem berechtigtem Interesse, die gehört und beachtet werden müssen. Durch diesen begrifflichen Taschenspielertrick, aus allen Beteiligten Stakeholder zu machen, sind die unveräußer-

Lokale Gemeinschaften müssen vor einer möglichen Zertifizierung umfassend informiert werden und über den Prozess selbst entscheiden können

lichen Landrechte von lokalen Bauern auf einmal verhandelbar: Rightholder werden zu Stakeholdern degradiert.

4. Starke Prüfkonzerne – schwache Kontrollen

In der Regel übernimmt eine Zertifizierungsinitiative wie z.B. der FSC nicht selbst die Kontrollen vor Ort, sondern übergibt diese Aufgabe an professionelle Zertifizierer. Das sind dann oftmals globale Prüfkonzerne wie der TÜV oder der weltweite Branchenführer SGS Group mit über 90.000 Mitarbeiter*innen und einem Milliardenumsatz. Dies führt in der Praxis zu einer fast unlösbaren Aufgabe: Eine Initiative wie der FSC mit nur wenigen Mitarbeiter*innen soll die globalen Aktivitäten großer internationaler Prüfkonzerne überwachen.

5. „Race to the bottom“ – das Prüfniveau sinkt stetig

Die Prüffirmen stehen in Konkurrenz zu einander und werden außerdem unmittelbar von den Konzernen bezahlt. Dies führt in der Praxis dazu, dass sich solche Prüfer und Prüffirmen durchsetzen, die nicht besonders streng hinschauen und die Regeln im Sinne ihrer Kund*innen möglichst lax auslegen. Langfristig besteht so die Gefahr, dass die Standards eines Öko-Siegels immer weiter verwässert werden.

6. Funktioniert nur unter Idealbedingungen zufriedenstellend

Die Siegel haben auch einige Erfolge vorzuweisen. Sogar kritische Umweltgruppen würden einräumen, dass zum Beispiel ökologische Mindeststandards bei FSC-Zertifizierungen in Deutschland in die richtige Richtung zeigen. Allerdings kann man hier auch fast von Laborbedingungen sprechen. Deutschland hat eine etablierte Demokratie mit Gewaltenteilung, so dass Kritik an der Forstwirtschaft ohne Gefahr für Leib und Leben geäußert werden kann. So können die unterschiedlichen Interessen zumindest eingeschränkt bei der Siegelvergabe berücksichtigt werden.

Das gilt aber längst nicht überall. Ein großer Teil der Biomasse kommt aus dem globalen Süden, häufig aus Ländern mit korrupten Regimen und schlecht funktionierenden staatlichen Strukturen. Gerade hier scheitern Öko-Siegel oftmals damit, Raubbau und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. In Ländern wie Brasilien kann es lebensgefährlich werden, bei einer Zertifizierung Kritik an Konzernen zu üben oder eigene Rechte einzufordern.

Darüber hinaus sind die Menschen vor Ort nicht unbedingt mit dem Konzept einer Zertifizierung vertraut und werden oft auch nicht hinreichend über die möglichen Folgen aufgeklärt. Außerdem halten sich die Nachhaltigkeitszertifikate in der Praxis fast nie an die UN-Standards, die das Recht auf freie und informierte Zustimmung garantieren. Denn eigentlich sollten lokale Gemeinschaften vor einer möglichen Zertifizierung umfassend informiert werden und selbst entscheiden, ob sie dem Prozess zustimmen oder ihn ablehnen.

Nachhaltigkeits-Zertifikate sind in vielen Fällen grüne Beruhigungspillen. Häufig ändern sie nichts an dem unverantwortlich hohen Ressourcenverbrauch der Wohlhabenden. Und die Zertifikate ändern nichts an ungerechten Machtverhältnissen, mit deren Hilfe globale Konzerne sich auf Kosten der Umwelt und unter Verletzung von Menschenrechten die Taschen voll machen.

Peter Gerhardt, denkhausbremen, denkhausbremen.de/biooekonomie/



Foto: ROBIN WOOD/Fenna Otten



Fotos: denkhausbremen/Rodriguez

Fotoausstellung von denkhausbremen Auf dem Holzweg: Raubbau an Mensch und Natur für die Bioökonomie

Was hat Bioplastik mit Menschenrechtsverletzungen zu tun? Warum führen Eukalyptusplantagen zu Hunger? Wie hängen Palmöl, Waldzerstörung, Biodiesel und Flucht zusammen? Und was hat das alles mit der sogenannten Bioökonomie zu tun? Antworten auf diese und weitere Fragen gibt die von denkhausbremen konzipierte Fotoausstellung „AUF DEM HOLZWEG. Raubbau an Mensch und Natur für die Bioökonomie“, die am 08. Dezember 2021 feierlich mit einem Rahmenprogramm und Vorträgen im Institut français in Bremen eröffnet wurde. Bei der Eröffnung waren der französische Tropenwald-Aktivist Sylvain Angerand von der Organisation Canopée und Fenna Otten, Tropenwaldreferentin von ROBIN WOOD mit dabei.

denkhausbremen-Projektleiterin Jana Otten wirft mit der von ihr entwickelten Fotoausstellung einen kritischen Blick

Mit Vorträgen, wie hier von der ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin Fenna Otten, wurde die Fotoausstellung „Auf dem Holzweg“ Anfang Dezember in Bremen eröffnet



auf die Bioökonomie und hinter die Kulissen der Biomasseproduktion im Globalen Süden und beleuchtet die damit verbundenen ökologischen und sozialen Auswirkungen. Bilder von Greenpeace, Save Our Borneo, Koordinierungskreis Mosambik, Justiça Ambiental, denkhausbremen und weiteren Fotograf*innen dokumentieren dabei auch eindrücklich, wie in Brasilien, Mosambik und Indonesien Wälder für unseren Turbokonsum zerstört werden.

Bis zum 28.02.2022 ist die Fotoausstellung im Weserpark zu sehen. Den März über wird sie in der Inge-Katz-Schule gezeigt. Danach wandert sie an weitere Orte im Bremer Stadtgebiet. Wer keine Möglichkeit hat, sich die Ausstellung vor Ort anzugucken, kann viele Informationen zum Thema auch in Form einer visuellen Erzählung auf der Website von denkhausbremen finden: www.denkhausbremen.de

Die Bilder der Ausstellung zeigen eindrücklich wie Mensch und Natur im Globalen Süden für unseren Turbokonsum ausgebeutet werden



Foto: Peter Steudtner/ kimosambik.de



*Projektionen am Bundesverkehrsministerium in Berlin:
Mit einem neuen Autominister von der FDP besteht wenig
Hoffnung auf Fortschritt in der Verkehrspolitik*

Foto: Leonhard Lenz

Mehr Fortschritt wagen: Für eine klimagerechte Mobilitätswende!

Viele Menschen hatten nach 12 Jahren Verkehrsministerium unter CSU-Führung mit der neuen Regierung auf einen Aufbruch bei der Verkehrswende gehofft. Diese Hoffnung wurde jedoch bereits mit dem Koalitionsvertrag der Ampelkoalition und spätestens mit Bekanntgabe des neuen Verkehrsministers herb enttäuscht: FDP-Generalsekretär Volker Wissing übernimmt das Amt. Vieles deutet darauf hin, das uns in den nächsten Jahren weiterhin eine veraltete Verkehrspolitik erwartet, die vor allem auf technologische Scheinlösungen und „grünes Wachstum“ setzt.

Dass noch nicht einmal ein Tempolimit eingeführt wird, das in allen anderen EU-Ländern längst selbstverständlich ist, steht exemplarisch für diesen Politikstil. Die Regierung sieht sich größtenteils in der Rolle zu verwalten statt zu steuern. Lose Klimaschutzziele und schwache Anreize dominieren gegenüber Maßnahmen, die angesichts der globalen Klimakrise eine tatsächliche Wende in der Verkehrspolitik einleiten würden. Sanktionen und Verbote, beispielsweise für Verbrenner oder Kurzstreckenflüge, wären dringend notwendig, fehlen aber auch in der kommenden Legislaturperiode.

Mehr Fortschritt im Verkehrsbereich wagen!

Das Motto des Koalitionsvertrags heißt: „Mehr Fortschritt wagen“ und an diesem Anspruch muss sich die Ampel-Koalition messen lassen. Eine Erkenntnis, die für große Teile der Klimabewegung mittlerweile selbstverständlich geworden ist, muss sich allerdings auch in der Gesellschaft und auf der höchsten Politik-Ebene durchsetzen: Fortschritt darf nicht zugleich Wachstum

bedeuten. Und ja, auch vermeintlich „grünes“ Wachstum bleibt Wachstum auf einem begrenzten Planeten.

Um die CO₂-Emissionen zu senken und die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise zu bewältigen, ist eine Abkehr vom Credo des Wirtschaftswachstums unvermeidlich. Die Lösung für die Mobilitätswende heißt daher nicht mehr Autos, auch wenn diese nun batterieelektrisch angetrieben werden.

Statt des Wachstumscredos muss eine neue Frage mit der Idee des Fortschritts verknüpft werden: Wie schaffen wir es auch in Zukunft allen Menschen innerhalb der planetaren Grenzen ein gutes Leben zu ermöglichen? Es ist höchst unwahrscheinlich, dass das sture Festhalten am motorisierten Individualverkehr dieser Frage standhält. Denn der verschlingt natürliche Ressourcen und wertvollen öffentlichen Raum, beruht auf Ausbeutung und setzt die Gesundheit unzähliger Menschen aufs Spiel.

Auch der Fortbestand klimaschädlicher Kurzstreckenflüge ist alles andere als fortschrittlich, also weder mit Ökologie noch mit sozialer Gerechtigkeit vereinbar.

Eine echte Mobilitätswende sieht anders aus

In kaum einem Politikbereich scheitert der Fortschrittsanspruch der Ampel-Koalition krachender als im Verkehrsbereich. Die Regierung plant keinen Verbrennerausstieg vor 2035 und verweist diesbezüglich auf politische Entscheidungen auf EU-Ebene.

Der Fokus wird stattdessen auf die massive Förderung von Elektroautos (inkl. E-Auto-Kaufprämie und Ausbau der Ladeinfrastruktur) gelegt. Es gibt kaum Anreize für eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Zwar soll ein neuer Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040 erarbeitet werden, aber es fehlt ein klares

Der Klimaprotest am 4. Dezember 2021 bei der SPD-Zentrale in Berlin war Teil der #ZügestattFlüge-Kampagne, die eine Mobilitätswende fordert



Foto: ROBIN WOOD



Fotos: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Während die SPD über den Koalitionsvertrag abstimmte, forderten Aktivist*innen angesichts der Klimakrise eine deutliche Verringerung des Flugverkehrs und einen Ausbau der Flächenbahn

Bekennnis für eine klimaverträgliche und zukunftstaugliche Infrastrukturpolitik. Und es fehlt ein Moratorium für Straßenbauprojekte, die auf veralteten Planungsgrundlagen basieren und längst nicht mehr klimaverträglich sind. Dies verdeutlicht, wie gefährlich die Idee des grünen Wachstums ist. Es fehlen jegliche Sofortmaßnahmen, um tatsächlich Emissionen unmittelbar, etwa durch Verbote, zu senken. Dennoch finden sich Anreize zum Klimaschutz, und die Regierung kann damit sowohl die nach Wachstum strebende Autoindustrie als auch einen Teil der Klimaschutz fordern den Bevölkerung vermeintlich zufrieden stellen. Dabei fällt allzu oft unter den Tisch, dass die erwartbaren Effekte zur Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes viel zu schwach ausfallen und die Maßnahmen keine grundlegende Mobilitätswende einleiten.

Koalition bleibt im Bereich Flugverkehr ohne Ambitionen

Auch im Bereich Flugverkehr bleibt der Koalitionsvertrag schwammig und ohne

Ambitionen. Sehr symptomatisch für die vermeintlich „grüne“ Wachstumslogik der Ampel ist das zentral propagierte Vorhaben, das „CO₂-neutrale Fliegen“ technisch voranzubringen und Deutschland in diesem Bereich zum Spitzenreiter zu machen.

Dabei handelt es sich um eine klassische klimapolitische Scheinlösung, die zwar auf den ersten Blick viel verspricht, aber im Grunde Augenwischerei ist. Zur Wahrheit gehört, dass die versprochenen technischen Innovationen bezüglich synthetischer Kraftstoffe von einer vollumfänglichen Anwendung erstens noch Jahrzehnte entfernt sind und damit viel zu spät kommen. Zweitens beruht die Idee von CO₂-Neutralität auf höchst fragwürdigen Ausgleichsmechanismen, bei denen Emissionen zum Beispiel durch Aufforstungsprojekte kompensiert werden sollen. Studien belegen jedoch, dass eine erdrückende Mehrheit solcher Projekte diesem Anspruch nicht gerecht wird (<https://bit.ly/cdm-study>). Auch für den Klimakiller Luftverkehr

vermeidet es die Ampelkoalition wirksame und sofort umsetzbare Maßnahmen zu ergreifen. Ein Ende des Steuerprivilegs für Kerosin oder ein Verbot von Kurzstreckenflügen sind noch immer nicht in Sicht.

Positive Signale beim Schienenverkehr

Beim Schienenverkehr, beim ÖPNV und beim Radverkehr fällt der Blick in die Zukunft gemischt aus. Im Bahnbereich sind die angekündigten Investitionen in die Schiene und die Priorisierung der Schiene gegenüber der Straße durchaus positive Signale. Die ursprünglich befürchtete Aufspaltung der Deutschen Bahn wird nicht umgesetzt und die Bahn verbleibt zunächst im öffentlichen Eigentum. Die DB-Infrastrukturgesellschaft soll jedoch eine eigene gemeinwohlorientierte Konzernsparte werden, während der Betrieb der Bahnleistungen weiterhin gewinnorientiert organisiert werden soll. Dass öffentliche und private Eisenbahnunternehmen auch in Zukunft miteinander im Wettbewerb stehen sollen, steht dem ebenfalls im Koalitionsvertrag festgelegten Ziel, „Mobilität als zentralen Baustein der Daseinsvorsorge zu verankern“, diametral entgegen. Für die weiteren Verkehrsträgern des Umweltverbunds gibt es begrüßenswerte Vorschläge. Dazu gehört beim ÖPNV der Ausbau der Intermodalität (die Kombinierbarkeit verschiedener Verkehrsmittel) oder die Verbesserung der Barrierefreiheit, beim Radverkehr die Modernisierung und der Ausbau einer lückenlosen Radverkehrsinfrastruktur bis 2030. Vor dem Hintergrund mehrfach verfehlter Ziele in der Verkehrspolitik der letzten Jahre, insbesondere beim Bahnausbau, ist jedoch in allen Bereichen die schnelle Umsetzung der Maßnahmen viel entscheidender als reine Absichtserklärungen. Damit hängt viel am politischen Willen des FDP-Verkehrsministers, der sich bereits vor seinem Amtsantritt öffentlichkeitswirksam als „Anwalt der Autofahrer“ präsentierte.

Und so gut die Ausbauziele auch klingen, kommt auch hier eine weitere problematische Dimension des „grünen

Wachstums“ zum Vorschein: Bei allem technologischen Optimismus verschwindet insbesondere im Mobilitätsbereich allzu oft der Blick für soziale Gerechtigkeit. Politische Zielsetzungen für sozial gerechte Verkehrskonzepte, zum Beispiel durch vergünstigte bzw. entgeltfreie Ticketkonzepte im ÖPNV, die Förderung von Mobilität ohne eigenes Auto im ländlichen Raum oder die gerechtere Verteilung von öffentlichem Raum zugunsten von Menschen statt (E-)Autos fehlen weitestgehend im Koalitionsvertrag.

Was bedeuten diese enttäuschenden Einsichten nun für die Mobilitätswende und für alle jene, die sich genau wie wir

unermüdlich für klimafreundliche und sozial gerechte Mobilität einsetzen? Es wird in den nächsten Jahren unsere Aufgabe sein, der Ampel-Koalition bei ihren Versprechen auf die Finger zu schauen und ihre Politik weiterhin kritisch zu begleiten.

Doch wir sind uns im Klaren darüber, dass das nicht ausreicht. Die versprochenen Maßnahmen liegen weit jenseits von dem, was für die Einhaltung der 1,5°C-Grenze und für eine konsequente Mobilitätswende notwendig ist. Wir werden daher auch weiterhin Protest organisieren und einen grundlegenden Wandel des Wirtschafts- und Verkehrssystems einfordern. Immer mehr Menschen beginnen zu verste-

hen, dass das System Auto der Vergangenheit angehört, dass die Illusion des grünen Wachstums zum Scheitern verurteilt ist und dass eine andere Welt möglich ist.

Und mit Blick auf andere Bewegungen kann aus der Enttäuschung über die von der Ampel ausgebremste Mobilitätswende auch Zuversicht werden: Bewegungen können an mächtigen Gegner*innen wachsen. Die Mobilitätswende von unten ist nicht aufzuhalten.

*Dominique Just, Mobilitätsreferentin,
dominique.just@robinwood.de und
Jonas Asal, Flugverkehrsreferent,
jonas.asal@robinwood.de*

Züge statt Flüge

Kampagne für ein sofortiges Aus für Kurzstreckenflüge

Im Oktober 2021 startete ROBIN WOOD mit Carla Reemtsma, Fridays For Future-Aktivistin aus Berlin, die Kampagne „Züge statt Flüge“. Über 70.000 Menschen fordern in einer Petition die sofortige Abschaffung von Kurzstreckenflügen und den Ausbau des Bahnverkehrs.

In Zeiten der Klimakrise ist vollkommen klar: Wir müssen dringend den CO₂-Ausstoß senken. Die Emissionen durch Kurzstreckenflüge können wir besonders einfach einsparen: Bahnreisen sind bequemer und vor allem klimaschonender. Im Zug bleibt Zeit zum Lesen oder Arbeiten. Und die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und in die Innenstadt ist meist deutlich besser. Pro Person und Kilometer verursacht eine Flugreise rund 20-mal so viele CO₂-Emissionen wie eine Bahnfahrt. Dies berücksichtigt noch nicht die sogenannten Nicht-CO₂ Effekte, die in hohen Luftschichten eine große Rolle spielen und für rund zwei Drittel der Treibhauswirkung des Flugverkehrs verantwortlich sind. Eine Flugreise ist also sehr viel klimaschädlicher als eine Bahnreise. Werden für Strecken, die mit der Bahn in vier Stunden absolviert werden können, Flüge verboten, könnten in Deutschland pro Jahr mehr als eine Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Laut aktuellen Umfragen befürworten 50 Prozent der deutschen Bevölkerung ein Verbot von Inlandsflügen. Rechtlich steht dem Verbot dank einer europäischen Verordnung auch nichts im Wege. In Frankreich sind seit Mai 2021 Flüge verboten, für die eine Bahnalternative von zweieinhalb Stunden existiert. Die deutsche Regierung sollte nachziehen und ambitionierter sein. ROBIN WOOD fordert ein sofortiges Verbot von besonders kurzen Flügen und einen ökologischen und sozial gerechten Ausbau des Bahnverkehrs, der alle Flüge

bis 1500 Kilometer überflüssig macht. ROBIN WOOD fordert außerdem Investitionen in das deutsche Schienennetz an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten.

Ein Verbot von Kurzstreckenflügen kann nur ein erster Schritt sein, dennoch war die Ampelkoalition bisher nicht bereit für diese Sofortmaßnahme. Mit einer Kletter-Aktion vor der SPD-Zentrale haben wir unser Versprechen gegeben: Wir bleiben dran und kämpfen langfristig für eine gerechte Reduktion des Flugverkehrs – auch bei Langstrecken. Wir setzen uns für mehr Regulierungen ein: für ein Ende der Subventionen und für den Rückbau von Flug-Infrastruktur.



Alle Forderungen und Hintergrundinfos zur Kampagne finden Sie unter: www.zuege-statt-fluege.org. Bitte unterzeichnen Sie die Petition und teilen Sie sie in Ihrem Bekanntenkreis. Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende!

*Jonas Asal, ROBIN WOOD-Referent für Flugverkehr
jonas.asal@robinwood.de*



Der geraubte Wald

Bismarck statt Bond

Mein Name ist WOOD, ROBIN WOOD. So könnte diese hochdramatische und leider wahre Agentengeschichte beginnen. Wie Sie als Leser*in dieses Magazins wissen, engagiert sich ROBIN WOOD mit Aktionen und Kooperationen mit NGOs vor Ort für den Erhalt rumänischer Urwälder. Das tut auch Alexander von Bismarck – allerdings mit geheimdienstlichen Methoden: Mit und ohne Bart, mit gefärbten Haaren, versteckter Kamera und Mikrofon ist der Mitarbeiter der Environmental Investigation Agency (EIA) illegalem Holzeinschlag auf der Spur. Schließlich erzwingt er gemeinsam mit seinen rumänischen Mitstreiter*innen offizielle Ermittlungen gegen den österreichischen Holz-Konzern Schweighofer. Dass Milliardenprofite mit unrechtmäßig geschlagenem Holz nur möglich sind, weil korrupte Politiker*innen und untätige Behörden dies zulassen, machen außerdem Fälle in Sibirien und Peru klar. Auch dort setzen von Bismarck und Verbündete investigative Methoden ein, um die katastrophalen Auswirkungen des Raubbaus publik zu machen. Mit der Macht der Öffentlichkeit wollen sie eine Änderung der Strukturen erreichen, ohne die die Holzmafia machtlos wäre.

Der geraubte Wald verzichtet auf erklärende Off-Kommentare und bezieht auch daraus eine gute Portion Spannung. Die Zuschauenden sind Teil des Teams und bei Vorbereitungen, in Verhandlungen und nächtlichen Erkundungstouren dabei. Schauen Sie doch beim nächsten Kinobesuch Bismarck statt Bond. Es lohnt sich!

Dokumentarfilm, 97 min
A/D/RO, 2020
Regie: Ebba Sinzinger, Michaela Kirst, Monica Lăzurean-Gorgan
Verleih: Filmtank Audience

Sabine Genz, Berlin

Wir vergeben zweimal drei Freikarten für den Film *WOOD: Der geraubte Wald*, der im März in die Kinos kommt. Schreiben Sie bitte eine Mail an magazin@robinwood.de oder eine Postkarte an die ROBIN WOOD-Geschäftsstelle, Bremer Str. 3, 21073 Hamburg, Stichwort: Der geraubte Wald. Wer sich schnell meldet, hat die größten Chancen. Viel Glück!

anzeige


INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT

BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

Fax 0211 – 26 11 220 // Fon 0211 - 33 39 11 // info@stichwort-bayer.de // www.stichwort-bayer.de

Foto: Foodwatch



Jochen Stay organisierte 2010 mit .ausgestrahlt eine Menschenkette zwischen den AKWs Krümmel und Brunsbüttel, die mit ihren 120 Kilometern als längste Anti-Atom-Demo in die Geschichte einging

Nachruf auf Jochen Stay

*Jochen Stay ist am 15. Januar 2022 gestorben. Die Nachricht seines plötzlichen Todes hat uns erschüttert. Wir sind sehr traurig und in Gedanken bei seiner Familie, Freund*innen und engen Mitstreiter*innen.*

Jochen hat die Anti-Atom-Bewegung über Jahrzehnte maßgeblich mitgeprägt. Er war einer der Köpfe und eines der Gesichter dieser Bewegung, die auch durch seine Leidenschaft, Kompetenz und Hartnäckigkeit viel bewirkt hat: Allem voran das Aus für die Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll in Gorleben und die Abschaltung der letzten Atommeiler in Deutschland in diesem Jahr.

Durch den gemeinsamen Kampf gegen die Atommülltransporte ins Wendland und die Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt war Jochen vielen ROBIN WOOD-Aktiven eng verbunden. Der Austausch mit ihm war uns wichtig – bei strategischen Treffen genauso wie während der kalten Nächte am CASTOR-Gleis im Wendland. Seinen großen Erfahrungsschatz und seine Ideen, wie Menschen sich gegen Unrecht – auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams – gemeinsam zur Wehr setzen können, hat er offen geteilt.

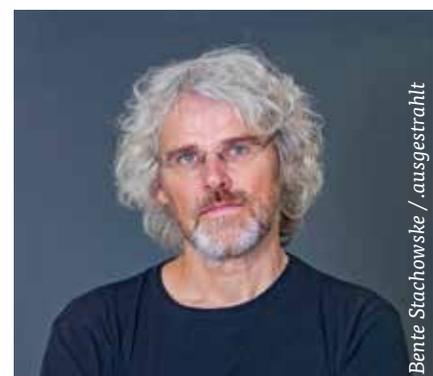
Ob bei offiziellen Auftritten in Berlin oder auf Demonstrationen im Wendland – Jochen war auf unterschiedlichen Bühnen präsent, überzeugend und glaubwürdig. Er hatte ein beeindruckendes politisches Gespür, konnte mitreißend reden und seinen durchdachten Argumenten in der Öffentlichkeit Geltung verschaffen. Eine Zeitlang hat Jochen auch unsere Öffentlichkeitsarbeit als Kollege im ROBIN WOOD-Team mitgestaltet. Später hat er durch seine Arbeit in der Bewegungsstiftung uns und anderen wichtige Anstöße gegeben.

Er wird uns sehr fehlen. Dankbar sind wir für die wertvolle Zeit mit ihm und schöpfen daraus Kraft, weiter zu kämpfen für eine bessere Welt ohne Atomanlagen.

Ute Bertrand, Hamburg

Die Trauerfeier und Beisetzung von Jochen fanden im engsten Kreis statt. Wie .ausgestrahlt mitteilte, wird es vor Ostern einen öffentlichen, Jochen-gemäßen Abschied geben, den .ausgestrahlt mit vorbereitet.

<https://www.ausgestrahlt.de/jochen/>



Bente Stachowske / .ausgestrahlt

Jochen Stay war Anti-Atom-Aktivist seit mehr als 40 Jahren und gründete 2008 die Organisation .ausgestrahlt. Jochen starb überraschend im Januar 2022

FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Der verdiente Eintritt in die Rentenzeit? Wir hoffen, auch in diesem Jahr gibt es gute Gründe zum Feiern!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es ihren Lieben auch leicht, ihnen eine Freude zu bereiten.

Es ist sehr unkompliziert an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander (040-380 892-13) beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch hin eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.



Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an unsere Fundraiserin Andrea Zander oder bestellen Sie unseren Infolyer unter Tel.: 040 380892-13 oder andrea.zander@robinwood.de

impressum

Nummer 152/1.22
ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

ISSN: 1437-7543
Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle

Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.500.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild:

iStock: bubaone

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



info@robinwood.de
www.robinwood.de



Was tun bei Verdacht auf rechtswidrige Baumfällungen?

In Parks, Straßen und Gärten sind in der Herbst- und Winterzeit häufiger Mitarbeiter*innen von Garten- und Landschaftsbauunternehmen im Einsatz, um Bäume zu fällen. Kein Zufall. Ab März beginnt die Vegetationsperiode, und ab dann gelten – mit Rücksicht auf den Artenschutz, etwa für brütende Vögel – strengere rechtliche Vorgaben für Baumfällarbeiten. Daher werden Bäume ganz überwiegend von Anfang Oktober bis Ende Februar gefällt. In dieser Zeit erreichen uns auch in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle vermehrt Anrufe von Menschen, die Bäume vor der Säge retten wollen und um Unterstützung bitten. Oft sind vor Ort die Sägertrups bereits im Einsatz.

Wegen der Vielzahl der Anfragen kann es ROBIN WOOD leider nicht leisten, jeden Einzelfall zu prüfen oder auf die Schnelle Protestaktionen zu initiieren, um die Fällungen aufzuhalten. Was also tun?

Wer vermutet, dass Bäume ungerechtfertigt gefällt werden, bekommt hier ein paar Tipps zum Vorgehen:

- **Zuerst Informationen zusammenstellen:** Auf welchen Flächen wird gerodet? Handelt es sich um öffentliche Park- oder Grünflächen, Straßen und Wege oder um Privatgrundstücke? Oder um Wälder? Daraus ergibt sich auch, welche Behörde zuständig ist und wer die richtigen Ansprechpartner*innen sind.
- **Klären, welche Rechtsgrundlagen vor Ort gelten:** Die Gemeinden können eigene Baumschutz-Verordnungen erlassen. Deshalb lohnt es sich, online zu suchen, ob eine solche Verordnung vor Ort existiert und wie die Regelungen im Einzelnen aussehen. Wenn sich Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Tieren wie Nester oder Höhlen in den Bäumen befinden, greift auch das Bundesnaturschutzgesetz. In diesem Fall kann man bei der zuständigen Behörde nachfragen, ob eine Ausnahmegenehmigung oder Befreiung von artenschutzrechtlichen Verboten vorliegt.

- **Sich vor Ort die Genehmigung zeigen lassen:** Sollten die Fällarbeiten vor Ort schon laufen, kann man sich von den Baumfällarbeiter*innen die Genehmigung zeigen lassen. Gibt es keine oder lassen sich Zweifel nicht ausräumen, dass alles mit rechten Dingen zugeht, kann man die Polizei rufen. Es liegt dann allerdings im Ermessen der Beamt*innen, ob sie einschreiten. Wenn es schon zu spät ist, die Fällung zu stoppen, lässt sich im Anschluss immer noch kontrollieren, ob die Ersatzpflanzungen korrekt vorgenommen werden.
- **Öffentlichkeit informieren:** Nehmen Sie Kontakt zu den Redaktionen von Zeitungen und Rundfunk in Ihrer Region auf und schildern Sie prägnant, warum die Baumfällungen verhindert werden müssen. Auch Social Media-Kanäle lassen sich dafür gut nutzen. Fotos und Filmaufnahmen machen anschaulich, worum es geht.
- **Sich organisieren und vernetzen:** Um Mitstreiter*innen zu finden, lohnt es sich zu recherchieren, welche Bürgerinitiativen oder Regionalgruppen von Umweltverbänden wie BUND, dem Naturschutzbund NABU oder ROBIN WOOD vor Ort aktiv sind und entsprechend Kontakt aufzunehmen.

Sind nicht nur einzelne Bäume, sondern Waldstücke ab einer Größe von einem Hektar bedroht, kann man dies auf der Seite waldreport.de melden. Die Website hilft dabei, sich mit anderen Initiativen zu vernetzen.

Gerade in Corona-Zeiten gehen wieder mehr Menschen spazieren und bekommen genauer mit, was sich in ihrer Umgebung tut. Je mehr Menschen wachsam auf die Bäume achten, umso besser. Denn gerade in unseren dicht besiedelten Städten ist jeder Baum wichtig – als Luftfilter und Schattenspender ebenso wie für den Klima- und Artenschutz.

*Ute Bertrand, ROBIN WOOD-
Pressesprecherin, Hamburg*



Eichen müssen her

In der intakten Natur kann man am einfachsten spüren, was wahres Glück bedeutet. Ich bin mir sicher, dass die Natur und auch die Bäume mit uns kommunizieren möchten. Vor etwa 20 Jahren erwachte in mir der Wunsch: „Eichen müssen her!“ Ich wollte im Eichenwald leben und von den Eichen lernen. Das habe ich getan und tue es noch.

Seit langem ist mir klar, dass der Eiche im Klimawandel eine große Rolle zukommt und wir sie dringend brauchen. Die Eiche ist ein Klimawandel-resistenter Baum. Sie übersteht lange Dürreperioden, ist kaum von Schädlingsbefall betroffen und durch ihre lange Pfahlwurzel von Stürme kaum zu entwurzeln. Diese Pfahlwurzel erlaubt der Eiche auch, aus großen Tiefen Wasser zu generieren und der Baum ist deshalb nicht so sehr von Bränden bedroht.

Die Eiche ist daher ein sehr wichtiger Baum unserer zukünftigen Wälder und muss deshalb unbedingt geschützt werden. Eichen wachsen aber leider sehr langsam. Daher können wir uns nicht mehr erlauben, erwachsene und gesunde Eichenbäume einfach so aus wirtschaftlichen Gründen zu fällen. Bis eine neue Eiche diese Größe erreichen würde, vergehen 100 und mehr Jahre. Diese Zeit haben wir nicht.

Um möglichst viele Menschen auch mit dieser Botschaft zu erreichen, habe ich ein Märchen rund um dieses Thema geschrieben, in dem vieles wahr und einiges erfunden ist und deshalb habe ich es ein „Real-Fantasy Buch“ genannt. Es soll ein Buch sein, das aufweckt und in die richtige Richtung weist, um unseren Lebensraum auf der Erde erhalten zu können.

Herzlich: Amanda Gruenschild

Ihre Anregungen sind uns wichtig!

Rufen Sie uns an: 040 380892-0
und schreiben Sie uns:
magazin@robinwood.de

Das Motto des ROBIN WOOD-Magazins:

Lesen heißt handeln

Spektakuläre Aktionen und kreatives Umweltengagement sind die Stärken von ROBIN WOOD. Wir decken Umweltsünden auf, denn ROBIN WOOD ist finanziell unabhängig. Die Autor*innen des ROBIN WOOD-Magazins zeigen Wege aus der globalen Umwelt-Krise auf. Auf großformatigen Bildern in unserem Magazin bilden wir eindrucksvoll Naturschönheiten ab und lassen unsere Leser*innen Aktionen hautnah miterleben.



Vier Ausgaben
inklusive Prämie
für nur 12 Euro



Lesen Sie das ROBIN WOOD-Magazin regelmäßig und tun Sie dabei auch noch etwas Gutes für die Umwelt. Für nur 12 Euro erhalten Sie das Magazin vier Mal im Jahr bequem nach Hause geliefert. Wenn Sie jetzt ein Abo abschließen, bekommen Sie außerdem als einmalige Prämie den ROBIN WOOD-Aktionsfotokalender 2022 dazu.

Unterstützen Sie unsere wichtige Umweltarbeit mit einem Abo. Ab einer Spende von 50 Euro pro Jahr oder als Fördermitglieder von ROBIN WOOD bekommen Sie das Magazin frei Haus.

Bitte bestellen Sie Ihr Abo plus Aktionsfotokalender 2022 für 12 Euro im Jahr einfach telefonisch in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle: 040 3808920 oder online unter: info@robinwood.de. Herzlichen Dank!



Für ihre Rentiere brauchen Katarina Sevä und Ronny Nyström aus Muonio Sámi flechtenreiche, alte Wälder. Diese werden jedoch immer noch ungebremst eingeschlagen

Schweden: „Stoppt die Waldzerstörung!“

Das Gebiet Mounio Sámi: Das schwedische Forstunternehmen Sveaskog zerstört immer noch die alten Wälder und damit die Weidegründe der samischen Rentiere. Warum diese Wälder in Nordschweden nicht zerstört werden dürfen, lesen Sie bitte ab Seite 22 dieser Ausgabe.

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

Fotos: Rasmus Törnqvist

Schweden: Wälder der Rentiere in Gefahr

www.robinwood.de